

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (C. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Postgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: **H. Cede**, Verleger: **A. Bringmann**,
Beide in Hamburg.
Redaktion, Verlag u. Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfelderstr. 28, I.

Anzeigen:
Für die dreispaltigen Zeitzeile oder deren Raum 80 A,
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Lohnbewegung.

Gestreckt wird in **Riel**.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in **Goldberg in Mecklenburg** und in **Salberstadt**.

Platzsperrern sind verhängt in **Blankenese** über das Geschäft von **Pein**, in **Göppingen** über das Geschäft von **Hieber**, in **Hamburg** über das Geschäft von **H. T. Mahr**, in **Feterow** über das Geschäft von **David & Wolin**, in **Jüterbog** über das Geschäft von **Gaase** und in **Laage in Mecklenburg** über das Geschäft von **Korf**.

Die Arbeitslosenfrage.

I.

In keiner Periode menschlicher Geschichte war das Problem der Arbeitslosigkeit zu einer derart brennenden Tagesfrage geworden, als in der Gegenwart. Soweit es in den vorübergegangenen Zeitaltern eine Arbeitslosigkeit gab, war sie zeitweiliger Natur, und konnte infolge der ganz anders gearteten Struktur der damaligen Gesellschaftsverfassungen nie in eine eigentliche „soziale Frage“ im Sinne der gegenwärtigen Produktionsweisen ausarten.

In einer Zeit, wo die Gütererzeugung zunächst für den Eigenbedarf bestimmt war und jede Komplexität im Produktionsprozesse mangelte, waren naturgemäß störende Zwischenfälle ausgeschlossen. Die Voraussetzung für krisenhafte Erscheinungen war der Waarenverkauf bei gleichzeitiger Theilung der Berufsarten und das Umsichgreifen der Gewerbefreiheit.

Da also unter den primitiven Verhältnissen, wie sie die Alterthumsperiode kannte, nur selten Jemand in unverschuldete Arbeitslosigkeit kommen konnte, hatten auch die ältesten Gesetze von **Hellas** (aus dem 7. und 6. Jahrh. v. Chr.) die Arbeitslosigkeit als schweres Verbrechen qualifiziert, das mit harten Strafen zu ahnden war. In gleicher Weise machte auch die Gesetzgebung des Mittelalters mit Jenen, die zeitweilig von ihrer Beschäftigungsart losgelöst waren, nicht viel Federlesens, und erkannte in der Regel auf schwere Strafen, die auf die Landstreicherei gesetzt waren.

Grundverschieden von solchen Verhältnissen waren die Zustände, die die neuzeitliche Periode brachte. Zuerst meldete sich in **England**, wo sich der moderne Industrialismus zuerst Bahn brach, ein böses Omen. Hier hatte nämlich die rasche Entwicklung der Tuchproduktion seit dem 15. Jahrhundert zum Steigen der Wollpreise geführt, so daß es für die Grundherren rentabler wurde, lediglich Schafe zu züchten und auf den übrigen Landbau zu verzichten.

Die Folgen, die sich aus dieser vorläufigen Produktionsentwicklung ergaben, bestanden in der Vernichtung zahlloser landwirtschaftlicher Existenzen, so daß in der Periode von 1509—1547 ca. 50 000 hörige Bauern von der väterlichen Scholle vertrieben und in freie Proletarier verwandelt wurden. Sie zogen theils in die Städte, um sich in den Gewerben als Arbeiter zu verdingen, theils fanden sie auch hier kein Unterkommen und wurden so zu Bettlern oder Dieben. Letztere wurden ohne Weiteres gehängt — 72 000 unter diesem Regiment —, das Schicksal der Anderen war indessen kaum viel besser, denn gegen sie wurde eine furchtbare Blutgesetzgebung inaugurirt.*)

Die Maßnahmen gegen die solcher Art entstandene Arbeitslosigkeit hat **Mazz** am besten gekennzeichnet, wenn er von den damaligen englischen Proletariern sagt: „Sie wurden zunächst geächtigt für die ihnen angethane Verwandlung in Bagabunden und Paupers. Die Gesetzgebung behandelte sie als „freiwillige“ Verbrecher und unterstellte, daß es von ihrem guten Willen abhängt, in den nicht mehr existirenden

alten Verhältnissen fortzuarbeiten... Alte, arbeitsunfähige Bettler erhalten eine Bettellizenz. Dagegen Einsperrung und Auspeitschung für handfeste Bagabunden. Sie sollen an einen Karren hinten angebunden und gezeißelt werden, bis das Blut von ihrem Körper strömt, dann einen Eid schwören, zu ihrem Geburtsplatz oder dorthin, wo sie die letzten 3 Jahre gewohnt, zurückzukehren und „sich an die Arbeit zu setzen“... Bei der zweiten ertappt auf Bagabundage soll die Auspeitschung wiederholt, und das halbe Ohr abgeschnitten, beim dritten Rückfall aber der Betroffene als schwerer Verbrecher und Feind des Gemeinwesens hingerichtet werden.“

In gleicher Weise ging man noch im Jahre 1777 in **Frankreich** mit den Arbeitslosen vor. Jeder arbeitsfähige Mann, der sich nicht ernähren konnte, und durch sechs Monate keine Arbeit hatte, wurde mit Galeerenstrafe bedroht. Desgleichen galt in **Polen** die Verordnung: „Bettler, Männer sowohl wie Weiber, müssen über ihre Verkrüppelung oder Unfähigkeit zur Arbeit ein ärztliches Zeugniß beibringen; wer aber kein solches hat, und zur Arbeit tauglich ist, den soll die Polizei aufgreifen, das bei ihm gefundene Geld abnehmen, ihn vier Wochen gefangen setzen und zu öffentlichen Arbeiten verwenden und ihm alle Freitage 50 Ruthenstöße aufzählen lassen.“

Das Vordringen der individualistischen Richtung in der Nationalökonomie, die gegen Ende des vorigen Jahrhunderts stattfand, suchte nun durch ein anderes Mittel alle Arbeitslosigkeit für immer aus der Welt zu bannen. Sie sah in den Schranken, durch die die alten Zunftverfassungen die Wege zu den einzelnen Gewerben verammelt hatten, das Hinderniß zur freien Entfaltung der Kräfte, und dekretirte die ungehinderte Bewegung aller volkswirtschaftlichen Elemente. Zum ersten Male wurde dieser Grundsatz gesetzlich in den von **Turgot** verfaßten Edikten vom 12. März 1776 anerkannt, wonach in **Frankreich** die Gewerbefreiheit proklamirt wurde. Allein auch damit war dem Uebel nicht gesteuert. Vielmehr führte das dadurch begünstigte Vordringen des modernen Kapitalismus zu mannigfachen Verkettungen von Ursachen und Wirkungen, die durch die Expansionskraft der wachsenden Produktivität eine gleichmäßige Entwicklung von Angebot und Nachfrage hemmten.

Das Uebel der Arbeitslosigkeit nahm daher zeitweilig nie geahnte Dimensionen an und gestaltete sich zu einem immer schwierigeren und komplizirteren Problem. „Die Ursache hiervon“ — sagt **Prof. Adler** — „liegt in den ungünstigen Konjunkturen und den durch sie herbeigeführten Krisen. Dieselben bestehen in der Unmöglichkeit, entweder die produzierten Waarenmassen auch nur annähernd zu den bisherigen Preisen abzusetzen, oder das Gewerbe überhaupt im alten Umfange produktiv fortzusetzen. Die Verkäufer, Fabrikanten und Kaufleute erleiden schwere Verluste, machen vielleicht bankrott — jedenfalls muß die Produktion eingeschränkt werden, und Tausende von Arbeitern kommen schuldblos außer Stellung. Solche Krisen sind als typische Erscheinung erst in der modernen Zeit möglich geworden, wo die Produktion für den Weltmarkt oder für unbekanntere Käufer vorherrscht, statt — wie früher — für die Lokalität und ihr genau bekanntes und feststehendes Bedürfniß.“

Von den Krisen unterscheiden wir zunächst solche von akuter und chronischer Natur. In letztgenannter Hinsicht wirkt die fortwährende Verdrängung des Handwerkes durch die wachsende Großproduktion derart, daß die kleineren Betriebe unproduktiv werden, ihre Selbstständigkeit einbüßen und so unablässig Existenzen in das Proletariat hinabschleudern, gleich wie durch das Erstarken der fremdländischen Industrie der Export eingeengt wird und so zu Betriebseinschränkungen in dem einen oder dem anderen Lande führt. Schließlich geht

aber die Produktion in den Großbetrieben weit über die Nachfrage hinaus, die Märkte werden überfüllt, so daß die Waarenmasse zu groß geworden und eine ganz natürliche Verflaumung in allen Geschäftszweigen erzeugt.

Zu solchen Zeiten wächst dann die allgemeine Unsicherheit, das Mißtrauen führt zur Untergrabung des industriellen Kredits, und die Folgen sind dann natürlich: „Ein rasches Sinken aller Waarenpreise, die noch vor Kurzem so lohnend waren; eine bis zur Entwerthung gehende Werthverringering des produktiven Vermögens; eine fast allgemeine Unmöglichkeit eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen; zahlreiche Bankerotte oder Zahlungseinstellungen; zeit- oder theilweise Beschränkung oder Einstellung der Produktion; Brotlosigkeit von Tausenden von Arbeitern. Das sind die in rascher Folge sich äussernden Symptome von Erscheinungen, die das Kapital bezimern und dem Arbeiter noch seine Lumpen rauben. Wenn dann am Ende solcher Vernichtungszustände die Nationalökonomie ihre Totbten zählt, so rechnet sie den Ruin der Kapitalisten nach Millionen Werthen und den der Arbeiter nach tausend und abertausend Familien, die sich niemals wieder in ihren Kellern und unter ihren Dächern aus ihrem Elend aufzuraffen vermögen.“ (**Robbertus**.)

In gleicher Weise hat auch **Engels** die akute Krisis gekennzeichnet, wenn er in dem „nicht Schritt haltender Ausdehnung der Märkte mit der Ausdehnung der Produktion“ die Gründe sieht, die bewirken, daß „so ziemlich alle zehn Jahre einmal die kapitalistische Welt aus den Fugen geht“. Die allgemeine Stagnation hält an, bis die Waarenvorräthe am Weltmarkt abgeflossen sind, wo dann neuerdings der industrielle Wettlauf beginnt, in Galopp übergeht, um schließlich wieder „im Graben des Krachs“ anzulangen.

„Seit 1825 — schrieb **Engels** im Jahre 1873 — hat die kapitalistische Welt diese Erscheinung zum fünften Male vor sich.“ Im Jahre 1830, also fünf Jahre nach der von **Engels** bezeichneten Periode, wo die erste akute Krisis einsetzte — waren es in **Paris** Arbeitslose, die den Straßenkampf begannen. In gleicher Weise hatte die Entwicklung der Technik in der Textilindustrie **Böhmens** im Jahre 1844 Tausende von Arbeitern beschäftigungslos gemacht, so daß diese scharenweise sich an die Zerkörung der Maschinen, in denen sie ihren Feind erblickten — machten. **Blos** erzählt in seiner „Geschichte der deutschen Revolution“ von der Wirtschaftskrisis in den Jahren 1845—46, die ein ungeheures Proletariat ansammelten, „das theilweise ganz verwilderte, weil das Uebermaß von Elend keine menschlichen Zustände mehr bei ihm zuließ“.

Unter solchen Umständen wurde naturgemäß das Problem der Arbeitslosigkeit zu einer immer brennenderen Frage. Sie bedrohte den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft, und im Interesse des Klassenstaates selbst sah man sich gezwungen, nach Mitteln zur Abhilfe zu fassen. Neben der Doktrin **Proudhon's**, die „Jedem das Produkt seiner Arbeit“ gewährleisten wollte, kommen zunächst „Selbsthilfe“ und „Sozialreform“ in Betracht, auf deren prinzipieller Grundlage sich eine Reihe von Versuchen und Vorschlägen zur Bekämpfung dieses Krebsüblems bewegen. Wie weit damit diese in der That schwierige Frage ihrer Lösung näher gerückt wurde, das soll aufzuzeigen die Aufgabe eines folgenden Artikels sein.

Fr. L.

D h u m a c h t.

Th. Berlin, den 1. April 1902.

Es ist kein Aprilscherz, sondern bittere Wahrheit, wenn behauptet wird, daß die Regierungen mit jedem Regiment und jedem Kriegsschiff, um das sie ihre Rüstung vermehren, um so ohnmächtiger in sozialen Fragen werden. Wie ein Mensch, dem man überall schwere Gewichte an den Leib hängt, durch jede weitere Belastung immer mehr am frischen Vorwärtsschreiten

*) **Prof. Adler**: Handb. d. Staatswissenschaften.

gehindert wird, so erdrücken der Militarismus und der Marinismus allgemach die Nützigkeit des Staates, auf dem Gebiete sozialer Reformen seine Thätigkeit zu entfalten.

Das ist leicht erklärlich; denn durch Militarismus und Marinismus geriet der Staat in eine größere Abhängigkeit und Schuldnechtigkeit vom Kapital. Da nun jeder soziale Fortschritt sich naturgemäß gegen das Kapital richten muß, beruht dieses seine Machtstellung und hindert die sozialen Maßnahmen, die etwa von der Regierung geplant sind. Und zwar ist das industrielle Kapital der Regierung ebenso überlegen wie das agrarische oder wie das Handelskapital. Schon längst muß sich die Regierung mit der Stellung eines Kommissars, eines Handlangers des Kapitals begnügen. Minister, die diesem nicht genehm sind, müssen von Lufanus eingefügt werden — ich erinnere nur an Marschall, an Herrfurth, an Voetticher — und wiederum weiß das Kapital zu erwirken, daß ihm gefällige Leute auf die Ministerfessel gehoben werden. Nicht regiert die Regierung das Kapital, sondern das Kapital regiert die Regierung.

Nun gehört es zu den geschichtlichen Aufgaben der kapitalistischen Entwicklung, den Kleinbetrieb in Handel und Gewerbe aufzufangen. Man mag das bebauern, aber geändert wird dadurch an der Thatsache nichts, da die wirtschaftliche Entwicklung sich nicht nach unseren Gefühlen richtet, sondern nach den gegebenen Vorbedingungen und Verhältnissen. Zeigt sich nun schon in Personalfragen die Regierung abhängig vom allgewaltigen Kapital — gleichviel, ob sich dieses im Besitze krummer oder gerader Nasen befindet —, so tritt die völlige Ohnmacht der Regierung zu Tage, wenn sie durch die Gesetzgebung der weiteren kapitalistischen Entwicklung den Paß verrammeln möchte.

Das letzte Jahrzehnt hat zwei Gesetze auf diesem Gebiete gebracht, und obwohl keins von beiden auch nur ein halbes Duzend Jahre in Wirksamkeit ist, haben sie sich bereits als traurige Fehlgriffe erwiesen.

Das erste dieser Gesetze sollte den industriellen Kleinbetrieben helfen, also den Kleingewerbetreibenden, denen im Daseinskampfe mit der Großproduktion die Weine gestärkt werden sollten. Es wurde zu diesem Zwecke die Handwerkerordnung erlassen und der Innungsmumie frische Luft eingeblasen. Durch Zwangs- oder freie Innungen mit ziemlich weitgehenden Sonderrechten hoffte man das Handwerk „retten“ zu können und den konfussten Wünschen der Mittelstandsleute wurde bei Festlegung der gesetzlichen Bestimmungen Rechnung getragen. Endlich war's erreicht! Endlich war dem Handwerk der goldene Boden wieder gesichert! Mit dem Allheilmittel des Innungszopfes mußte es möglich sein, die weitere Aufsaugung und Zermürbung des Kleingewerbes durch die industriellen Großbetriebe zu verhindern!

Nichts war's damit! Keine drei Jahre sind seit Inkrafttreten der Zwangsinnungen verfloßen und eine nach der anderen hat sich bereits wieder auflösen müssen; die anderen können nicht leben und nicht sterben. Das Paradies der Innungsherrlichkeit, welches dem Kleingewerbe von den Jacobskötter & Co. vorgemalt worden war, hat sich als trügerische Lustspiegelung erwiesen. Nur dort, wo die Innungen dieselbe Methode nachahmten, die sie bekämpfen wollten, also dort, wo sie durch Affoziation ihrer Kräfte einen kümmerlichen Abklatsch der Großproduktion zu Wege brachten, haben sie ihr Leben noch dürftig fristen können. Die Regierung, der die um alle Hoffnung betrogenen Jünglinge ihr Weh klagen, weiß keinen Rath mehr; sie steht ihre Ohnmacht ein.

Fast noch kläglicher vertrackt ist die Mittelstandsretterei auf dem Gebiete des Kleinhandels. Wie das Kleingewerbe vom industriellen Großbetrieb aufgesaugt wird, so der Kleinhandel vom großkapitalistischen Waarenhaus, einer Betriebsweise, deren Anfänge in Deutschland nicht viel über zehn Jahre zurückreichen, die sich aber in dieser kurzen Zeit so verbreitet hat, daß durch sie schon Tausende von Handels-Kleinbetrieben dem Pleitegeier überantwortet worden sind. Wenn irgendwo die absolute Ohnmacht der Regierung gegenüber der großkapitalistischen Entwicklung sich grell offenbart hat, dann auf dem Gebiete der Waarenhaussteuer. 1898 war es, als Konservative und Zentrum im preussischen Landtage von der Regierung Maßnahmen gegen die „großkapitalistischen Unternehmungen im Detailhandel“ forderten. Miquel erkannte die Einführung einer Waarenhaussteuer als berechtigt an. Begeistert rief der Junker v. Brodhhausen aus, nunmehr werde der gewerbliche Mittelstand, „das beste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie“, neuen Lebensmuth fassen und der landwirtschaftliche und gewerbliche Mittelstand würden sich eng zusammenschließen unter Führung der Staatsregierung zum Schutze von Thron und Altar. Andere Konservative, die ja stets gern in Mittelstands-Freundlichkeit reisen, wenn's ihnen nichts kostet, sangen dasselbe Lied, und schon im Jahre 1900 war das Gesetz entworfen, durchberathen und erlassen. Jedes Geschäft, das den Charakter eines Waarenhauses trug und mehr als M. 400 000 Jahresumsatz erzielte, sollte zur Steuer herangezogen werden, die auf der unteren Stufe ein Prozent, von einer Million Umsatz an sogar zwei Prozent der Roheinnahme betrug. Die Steuer sollte den Gemeinden überlassen bleiben, die sie „vorzugsweise im Interesse der kleineren Gewerbetreibenden“ verwenden sollten.

Das Handelskapital zerriß den gesetzlichen Fallstrick mit Leichtigkeit. Es hat die zwei Prozent einfach auf die Lieferanten abgewälzt, die ihre Waaren zwei Prozent billiger als ausgemacht war, an die Waarenhäuser verkaufen mußten, wenn sie deren werthvolle Kundenschaft erhalten wollten. Und die Lieferanten wälzten natürlich die Steuer wieder auf die Arbeiter ab, so daß die Arbeiter in letzter Linie die Waarenhaussteuer bezahlen mußten und müssen. — Außerdem erwies sich der Handelsgroßbetrieb der Waarenhäuser als so komplizierte Maschine, daß im ersten Halbjahr nach Inkrafttreten des Gesetzes nicht weniger als 81 Ministerialverordnungen nöthig waren, um Klarheit über die Zugehörigkeit bestimmter Waaren zu den einzelnen Waarengattungen zu schaffen.

So vollständig ist das Fiasko der preussischen Waarenhaussteuer gewesen, daß selbst die sächsische Regierung, die doch gewiß gern jede reaktionäre Dummheit mitmacht, in einer Denkschrift vor den trügerischen Wünschen und Hoffnungen warnt, die vom Mittelstand an die Umsatzsteuer geknüpft werden. Die Denkschrift gelangt zu dem hochinteressanten Ergebnis: „Es mehren sich die Anzeichen, daß die preussische Waarenhaussteuer den kleineren Unternehmern Nachtheile bereitet.“

So ist die Regierung dem Kapital gegenüber allenthalben zur Ohnmacht verurtheilt. Der Entscheidungskampf wird darum auch nicht geführt werden zwischen Kapital und Regierung, sondern zwischen Kapital und dem organisierten, klassenbewußten Proletariat, das dem kapitalistischen Narrheitsregiment überhaupt ein Ende bereiten wird.

Die sozialdemokratische Partei.

I.

In den vorangegangenen Artikeln haben wir Art, Bedeutung und Stellung der bürgerlichen Parteien dargelegt. Diese Parteien sind bürgerliche, nicht nur deshalb, weil sie auf dem Standpunkte der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung stehen, weil sie die Interessen der besitzenden Klassen, wenn auch in sehr verschiedener Art, vertreten, sondern auch deshalb, weil sie nur eine ganz verschwindende Zahl politisch bewußter Arbeiter, wenn auch viel sogenanntes „Stimmvieh“ aus der Arbeiterklasse, in ihren Reihen zählen. Am meisten kann das die Zentrumspartei noch von sich behaupten, während die übrigen Parteien fast gar keine bewußt denkenden Arbeiter in ihren Reihen zählen, denn selbst die Hirsch-Dunker'schen Gewerbetreuer geben zum großen Theile ihre Stimme nicht für die freisinnige Volkspartei ab, obgleich ja ihre Führer ausnahmslos dieser Partei angehören. Damit soll aber freilich nicht gesagt sein, daß die bürgerlichen Parteien nicht auf die Stimmen der Arbeiter bei den Wahlen angewiesen wären. Ja, diese Parteien könnten garnicht existiren, könnten Abgeordnete in das Parlament nicht entsenden, wenn nicht die große Masse der Arbeiter ihnen als indifferente Gefolgschaft zur Verfügung stände. Die ungeheure Masse der Arbeiterklasse ist zum Theil noch in der Stadt, fast ausnahmslos auf dem Lande im Gefolge bürgerlicher Politiker, auch solcher, die in der schärfsten Weise die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse mit Füßen treten. Hunderttausende von Stimmen der Arbeiter werden im deutschen Reiche bei jeder Wahl abgegeben für Kandidaten, die keinen sehnlicheren Wunsch haben, als das allgemeine Wahlrecht abzuschaffen, als den besitzlosen Volksklassen jeden Einfluß zu nehmen auf die Zusammensetzung der Volksvertretung. Ebenso sind es Hunderttausende von Stimmen, die bei jeder Wahl abgegeben werden für Kandidaten, die das Vereinsrecht verschlechtern und das Koalitionsrecht abschaffen, die Arbeiterklasse wirtschaftlich unter die Gewalt des Unternehmertums beugen wollen.

Der aufgeklärte Arbeiter weiß aber, daß die bürgerlichen Parteien unmöglich neben den Interessen der besitzenden Klassen auch die der Arbeiterklasse vertreten können. Der aufgeklärte Arbeiter weiß, daß er seine Interessen nur gewahrt sehen kann in der Hand der sozialdemokratischen Partei. Deshalb hat diese Partei mit der steigenden Aufklärung der Arbeiterklasse über die wirtschaftliche Entwicklung und über deren Bedeutung für die Lohnarbeiterschaft ständig an Zahl zugenommen.

Die ganze soziale Geschichte Deutschlands lehrt es uns, von wem ungeheurem Einflusse das Auftreten und die Entwicklung der Sozialdemokratie für die Arbeiterklasse gewesen ist. Wir wollen nur hinweisen auf das Wort des Fürsten Bismarck, daß die Arbeiterversicherung und die ganze Arbeitergesetzgebung niemals zu Stande gekommen wären, wenn nicht die Sozialdemokratie als ein drängender Mahner hierzu gezwungen hätte. Nicht die Zentrumspartei, nicht die bürgerlichen Sozialpolitiker irgend welcher Richtung waren es, welche die Sozialgesetzgebung veranlaßt haben, sondern das ständige Wachstum der Sozialdemokratie, die ständige Angst der herrschenden Klassen über dieses Wachstum, welches die bisherigen Leistungen auf dem Gebiete der Sozialreform erzielt haben. Das Eingeständniß des größten Hassers der Sozialdemokratie, des Fürsten Bismarck, ist hier sicherlich von unzweifelhafter Beweisraft. Aber es wäre falsch, wollte man diesen Erfolg als die größte Leistung der Sozialdemokratie betrachten. Ganz im Gegentheil liegen dieselben auf voll-

ständig anderem Gebiet. Die Sozialdemokratie hat aus Jahrhunderte langem gleichgültigen Dahinleben die Arbeiterklasse aufgerüttelt, sie zum Erkennen ihrer wahren Interessen zum Verständniß des Entwicklungsganges unserer Volkswirtschaft, zum Klassenbewußtsein, zur geistigen und organisatorischen Unabhängigkeit von der Bourgeoisie gebracht, sie hat damit einen neuen Faktor in das ganze Getriebe des Weltgeschehens gestellt. Sie ist zum Ausdrücke geworden der politischen Anschauungen und des Strebens der Industriearbeiter und dann über diese hinaus der ganzen besitzlosen Volksklassen. Sie hat diesen Klassen ein Zukunftsideal geschaffen, nicht etwa in nebelhafter Ferne, nicht etwa der Phantasie irgend eines glänzenden Dichters oder Phantasten entprossen, sondern folgernd aus der ganzen Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung hat sich die Partei des arbeitenden Volkes ein Ziel gesetzt, das als naturgemäße Folge der vollen Entwicklung, des ganzen Auslebens der Wirtschaftskräfte innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise erzeugt werden wird.

Aber eine Partei politischer oder wirtschaftlicher Art, und die Sozialdemokratie ist eine Partei, die in gleicher Weise die wirtschaftlichen, die politischen und die geistigen Interessen der Arbeiterklasse vertritt, kann sich nicht bloß ein Ziel setzen, das in einer nicht zu nahen Zukunft liegt, sie muß jede Gelegenheit ausnützen, um in der Gegenwart die Interessen der Arbeiterklasse nach jeder Richtung zu vertreten, um alle diejenigen zu bekämpfen, welche sich den berechtigten Bestrebungen der Arbeiterklasse hemmend in den Weg zu stellen versuchen. Hieraus geht hervor, daß das Programm der Sozialdemokratie und ihre ganze Thätigkeit im Volke, in den parlamentarischen Körperschaften, in der Agitation, wie in der Literatur die gegenwärtigen Verhältnisse ebenso berückichtigen muß, wie das Streben nach einer zukünftigen, der Arbeiterklasse gerecht werdenden Gesellschaftsordnung. So ergibt sich der Doppelcharakter des sozialdemokratischen Parteiprogramms, der das Streben nach einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ebenso Ausdruck giebt, wie das Programm Richtlinien schafft für das, was im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung im Interesse der Arbeiterklasse zu erstreben und zu erkämpfen ist.

Das Programm, das heute für die deutsche Sozialdemokratie maßgebend ist, ist nach reiflicher Prüfung auf dem im Jahre 1891 abgehaltenen Parteitag zu Erfurt beschlossen worden. Das Programm führt aus, daß die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft den Untergang der Kleinbetriebe zur Folge haben muß, daß innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft der Arbeiter zu einem besitzlosen Proletariat werden muß, während andererseits die Produktionsmittel, d. h. Grund und Boden, Maschinen, Werkzeuge, Roh- und Hilfsstoffe, Gebäude, Bergwerke, Fabriken u. d. das Monopol, der ausschließliche Besitz einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden muß, in deren wirtschaftliche Abhängigkeit die besitzlosen Arbeitermassen gerathen müssen. Mit dieser Entwicklung geht gleichen Schritt das Entstehen kolossaler Großbetriebe, die Niederkonfurrirung aller anderen Betriebe, die sich immer mehr vertiefende Kluft zwischen der geringen Zahl von Besitzenden und den Millionen Besitzloser. Deshalb strebt die Sozialdemokratie an, die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Waarenproduktion in eine sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion, um den Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung zu machen. Das Erreichen dieses Zieles wird nicht bloß die Befreiung des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechtes bedeuten, das unter den heutigen Zuständen leidet. Diese gesellschaftliche Umwandlung kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessestreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen, und die Erhaltung der Grundlagen der Gesellschaft zum gemeinsamen Ziele haben.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Quittung der Hauptkasse.

In der Zeit vom 1. bis 3. März 1902 gingen folgende Beträge beim Unterzeichneten ein:

Aus Altkersleben M. 8,87, Berlin 1500, Bries 18,76, Dufleben 15,12, Charlottenburg 100, Darmstadt 28,24, Dömitz, Eintr. 16, Feuerbach 30, Frankenhäuser 10, Grabow 51,18, Grasdorf i. Meckn. 30, Grünberg b. Dornitz, Eintr. 4, Hamburg 1000, Golshausen b. Pyrmont, Eintr. 20,80, Kallberge

1,80, Kottbus, Gintr. 7,20, Lübeck 139,14, Lüdnitz 27,52, Nordhaußen 12,10, Otterleben 100, Ogersheim 11,08, Petersdorf 14,01, i. Rechn. 2,05, Radeburg 21,78, Ritzdorf 100, Sagan, Gintr. 5,60, Seefen, Gintr. 7,56, Sorau, Gintr. 6,45, Stettin 1039,29, Walsrode 51,02, Wernigerode 30, Zittau (b. Grüttner) 4,80, Streif = bezm. Gemäßregelungen unter Führung zur d: Berlin 250,30, für Kollportagemarken: Berlin 16, für Lieber: Förste 1.

Streifonds.

Hierzu sandten: Busleben M. 9,60, Burgdorf M. 5,40, Walsrode M. 30.

NB. Die Quittungen über ausbezahlte Reiseunterstützungen sind bis spätestens zum 15. April nebst den dazu verwendeten Listen an Obigen einzufenden, anderenfalls kommen die ausbezahlten Beträge für das erste Quartal nicht mehr in Anrechnung. D. D.

Unsere Lohnbewegungen.

Beendigung der Aussperrung in Tschoe. Wie bereits berichtet, sind unsere Kameraden, weil sie sich weigerten, den ihnen von den Arbeitgebern vorgelegten Tarif zu unterzeichnen, am Montag, den 17. März, ausgesperrt worden. Auf Antrag des Gesellenausschusses fand dann am Freitag, den 21. März, eine Sitzung mit der Innung statt, in welcher der Obermeister erklärte, daß die Zimmerer am Sonnabend, den 22. März, wieder anfangen könnten zu arbeiten. Dem Verlangen des Gesellenausschusses, ihm hierüber etwas Schriftliches zu geben, erklärte der Obermeister, nicht nachkommen zu können; ein anderer Meister fügte hinzu, daß man ja nicht wissen könne, ob jeder Meister bereit sei, die bisher beschäftigten Gesellen wieder in Arbeit zu nehmen. Unsere Kameraden haben sich dann dahin geeinigt, daß bei jedem einzelnen Meister einer der dort beschäftigt gewesenen Kameraden vorstellig werden sollte. Das Ergebnis war, daß sich sämtliche Meister bereit erklärten, ihre Gesellen wieder einzustellen. Somit hätte also nach fünf-tägiger Dauer die Aussperrung ihr Ende erreicht. Die Arbeitgeber haben auf die persönliche Unterschrift jedes Einzelnen Verzicht geleistet.

Aufgehobene Platzsperrung in Bodejuch. Die Sperre über das Geschäft von Schulz ist, nachdem die Ursache beseitigt, aufgehoben. Alle Kameraden, bis auf einen, der nicht wieder anfangen wollte, haben die Arbeit aufgenommen.

Platzstreik in Hamburg. Die Firma S. F. Mahr hat Hafenbauten auszuführen, weigerte sich aber, den bisher für Wasserarbeiten üblichen Lohn zu zahlen. Alle Versuche des Zahlstellenvorstandes, die Firma zur Zahlung des Zuschlages von 10 % zu veranlassen, scheiterten. Am 28. März legten daher die sieben dort beschäftigten Kameraden die Arbeit nieder.

Zur Lohnbewegung in Kiel. Nachdem der Baugewerks-Innung „Wauhütte“ das Resultat der Abstimmung, wonach für 1902 ein Stundenlohn von 80 % bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit und für 1903 bei neunstündiger Arbeitszeit 83 % verlangt wurde, mitgeteilt worden war, traf am Donnerstag, 27. März, bei dem Gesellenausschuß folgendes Schreiben ein:

Kiel, 26. März 02.

An den Gesellenausschuß!

Zu den Schreiben vom 20. und 21. d. M.

In der Lohnfrage wiederholen wir nochmals unseren Vorschlag, betreffend 58 % Stundenlohn auf zwei Jahre. Wenn Sie jedoch bereit sind, den Vertrag auf fünf Jahre abzuschließen, so würden wir 60 % Stundenlohn gewähren, bei sonst unveränderter Fassung des Vertrages. Wir er-suchen um Erklärung hierauf bis spätestens Mittwoch, den 2. April cr., Mittags.

Falls der eine oder der andere Vorschlag von Ihnen nicht angenommen wird, ist dies das letzte Wort der Innung in dieser Angelegenheit.

Um Ihnen Gelegenheit zu geben, Ihre Versamm-lungen abzuhalten, haben wir die Arbeiten bis Mittwoch Abend eingestellt.

Die in dem Schreiben angeordnete Aussperrung ist dann tatsächlich am Mittwoch, den 26. März, erfolgt.

Mit dem brutalen Vorgehen der Innung beschäftigte sich alsdann eine am 29. März stattgefundene Zimmererverjam-mlung. In derselben wurde zunächst das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer scharf kritisiert. Das Angebot der Unter-nehmer, betreffend 58 % Stundenlohn auf zwei Jahre, wurde rundweg, und dasjenige von 60 % auf fünf Jahre mit 89 gegen 355 und fünf ungültigen Stimmen abgelehnt. Aus der Versammlung wurden dann folgende Anträge gestellt:

1. Der Stundenlohn beträgt auf die Dauer von zwei Jahren 60 %.

2. Den Vertrag dahingehend abzuschließen, daß für die ersten beiden Jahre bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit 60 % und für das dritte Jahr 63 % bei neunstündiger Arbeitszeit zu zahlen sind.

Beide Anträge kamen zusammen zur Abstimmung und entschieden sich für den ersten Antrag 162 und für den letzten Antrag 228 Stimmen. Drei Stimmgettel waren ungültig. Allem Anschein nach wird der Kampf in Kiel, hervorgerufen durch die brutale Aussperrung von Seiten der Unter-nehmer, ein recht hartnäckiger werden. Bezug ist deshalb streng fernzuhalten.

Fortgang der Lohnbewegung in Flensburg. Bereits in Nr. 7 brachten wir die Mitteilung, daß unsere Kameraden Forderungen gestellt, desgleichen auch, welche Stellung die Unter-nehmer zu diesen Forderungen eingenommen. Am 21. März beschäftigte sich wieder eine Zahlstellenversammlung mit der Lohnfrage. Es herrschte zunächst die Meinung vor, für dieses Jahr von der Durchführung der Forderungen überhaupt Ab-stand zu nehmen. Nach längerer Debatte zeigte sich aber, daß eine große Mehrheit anderer Meinung geworden war. Eine vorgenommene Abstimmung ergab 15 Stimmen für Falllassen und 50 für Hochhaltung der Forderungen.

Lohnregulierung seitens der Arbeitgeber in Wernigerode. In einem Schreiben vom 6. Februar des Vor-sitzenden des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Wernigerode an den Vorsitzenden unserer Zahlstelle war eine Regulierung der Lohnsätze angefordert. Diese ist nun ganz

unerwartet am 1. März eingetreten, allerdings nicht in dem Maße, das unsere Kameraden voll befriedigt. Es ist eine Er-höhung des Stundenlohns von durchschnittlich 1—2 Pfennig zu verzeichnen. Einzelnen Kameraden sind 3 auch 4 Pfennig pro Stunde zugelegt. Eine am 28. März im „Volksgarten“ tagende Versammlung hatte sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Sie beschloß, sich mit einer derartigen Lohnregulierung nicht einverstanden erklären zu können und beauftragte nochmals die Lohnkommission, eine mündliche Verhandlung nachzuziehen, um wenigstens einige wesentliche Punkte der Forderungen zur Gel-tung zu bringen. Vor allen Dingen soll die Kündigung abge-schafft werden. In dem Schreiben, das wieder an den Vor-sitzenden des Arbeitgeberverbandes zu richten ist, soll um Klär-ung bis zum 15. April d. J. gebeten werden. Nach diesem Datum soll sofort wieder eine Versammlung anberaumt werden, die sich dann abermals mit der Stellungnahme der Unternehmer zu beschäftigen hat.

Lohnreduzierung in Hof. Die im vorigen Jahre mit den Unternehmern getroffenen Vereinbarungen sind von recht kurzer Dauer gewesen. Einige Unternehmer haben bereits den Lohn um 1—2 % pro Stunde reduziert und andere werden diesem Beispiele folgen. Daß die Unternehmer dieses wagen konnten, hat seinen Grund an der schlechten Bewegung. Die Zimmerer von Hof haben das Interesse an der Organisation verloren und müssen nun sehen, wie ihre Erfolge zu nichte werden. Eine Zahlstellenversammlung hat sich nun mit der Lohnfrage beschäftigt und beschlossen, eine Verhandlung mit den Unternehmern herbeizuführen, damit die im vorigen Jahre getroffenen Vereinbarungen auch für 1902 Gültigkeit behalten. Gleichzeitig wurde beschlossen, eine lebhaftige Agitation zu ent-falten, damit der Forderung Nachdruck verliehen werden kann.

Forderungen in Crampas. Bereits im Januar be-schlossen unsere Kameraden, einen Stundenlohn von 88 % zu fordern. Sie haben darauf ihre Forderungen bis auf 86 % reduziert, damit aber noch nicht erreicht, daß der Arbeitgeberband seine Zustimmung gegeben. Dieser will nur einen Stundenlohn von 85 % bewilligen.

Forderungen in Warnemünde. Bereits in Nr. 7 machten wir die Mitteilung, daß unsere Kameraden beabsichtigten, gemeinsam mit den Maurern Lohnforderungen zu stellen. Das gemeinsame Vorgehen hat sich nun nicht als zweckmäßig erwiesen und gehen infolgedessen unsere Kameraden allein vor. Sie fordern: 1. Abschaffung jeglicher Ueberstunden, Nacht- und Sonn-tagsgararbeit, mit Ausnahme ganz bringender Fälle. 2. An den Tagen vor Ostern und Pfingsten eine Stunde früher Feierabend, jedoch ohne Lohnabzug. 3. Ausföhrung aller Arbeiten in Stundenlohn. 4. Eine Lohnhöhung von 4 % pro Stunde und Fest-setzung eines Mindestlohnes von 48 % pro Stunde. 5. Für unaufschiebbare Ueberstunden ein Lohnzuschlag von 10 % pro Stunde. 6. Für Wasserarbeit, sowie auch für schmutzige Fundirungs-arbeit ein Lohnzuschlag von 10 % pro Stunde. 7. Sollte ausnahmsweise an Sonn- und Feiertagen gearbeitet werden, ein Lohnzuschlag von 15 % pro Stunde. 8. Auszahlung des Lohnes auf der Baustelle vor Feierabend. 9. Vollständige Ausschließung der Kündigung. 10. Keine Maßregelung wegen Zugehörigkeit zur Organi-sation.

11. Auf allen Neubauten und größeren Umbauten die Errichtung von Daubuden und Aborten, die den sanitären An-sprüchen genügen.

12. Bei Ueberlandarbeiten soll das Gehen nach und das Kommen von der Arbeitsstelle von Warnemünde an mit zur Arbeitszeit gerechnet werden.

13. Die neuen Arbeitsbedingungen sind in Form eines Arbeitsvertrages zu vereinbaren und erhalten durch Anerkennung der beiderseitigen Organisationen Rechtsgültigkeit für alle Bau-geschäftsinhaber unseres Ortes und die von ihnen im hiesigen Ortsbezirk beschäftigten Zimmerer.

14. Der Vertrag soll Gültigkeit haben vom 1. April 1902 bis 31. März des nächsten Jahres.

Table with 7 columns: Jahreszeit, Anfang, Schluss, Mittag, Besetzt, Feierabend, Stunden-lohn. Rows include dates from April to March with corresponding values for each category.

Forderungen in Wannsee. In Anbetracht der guten Bauhätigkeit beschlossen unsere Kameraden, mit Forderungen auf Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung an die Unternehmer heranzutreten. Sie fordern vom 1. Mai ab einen Stundenlohn von 60 % bei neunstündiger Arbeitszeit.

Forderungen in Nauen. Unsere Kameraden fordern einen Stundenlohn von 45 %, für Junggesellen im ersten Gesellen-jahre nicht unter 35 %; bei Arbeiten über Land sowie für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 5 % gefordert. Ueber-stunden fallen in die Zeit von Morgens 5 bis 6 und Abends von 6 bis 8 Uhr. Beim Richten sind für jeden angefangenen Tag 50 % Nichtegebl zu zahlen. Bei Arbeiten über Land, wo übernachtet werden muß, hat der Meister außer für ein Bett auch für Kaffee und Abendbrot zu sorgen. Ermöglicht die Landarbeit ein tägliches Nachhausegehen, so muß die Laufzeit mit bezahlt werden. Bei Nacht-, Wasser- und Sonntagsarbeiten ist ein Zuschlag von 10 % pro Stunde zu zahlen. Nacharbeit beginnt Abends 8 und endet Morgens 5 Uhr. Die Lohn-zahlung hat des Sonnabends zu erfolgen, und muß damit so zeitig begonnen werden, daß um 6 Uhr ein Jeder im Besitz seines Lohnes ist. Sollen Zimmerer entlassen werden, so hat der Meister oder dessen Stellvertreter den zu Entlassenden eine Stunde vorher Mitteilung zu machen. An den Tagen vor

den hohen Festen ist eine Stunde früher Feierabend, die Besper-pause fällt aber fort; der Tag ist jedoch voll zu bezahlen. Weitere Forderungen beziehen sich auf Bauarbeiterschuß. Mit dem 1. April sollten die neuen Lohn- und Arbeitsbedingungen in Kraft treten, die Unternehmer haben aber eine zuzugende Antwort bisher nicht gegeben.

Stellungnahme der Unternehmee zu den in Neppen gestellten Forderungen. Am 22. März hielten unsere Kameraden eine Versammlung ab, zu der auch die Meister ein-geladen und auch erschienen waren, um über die Lohnfrage zu diskutieren. Zwei Meister erklärten, daß sie beabsichtigten, in diesem Jahre den Lohn von 25 auf 22 % herabzusetzen und dann solle die Arbeitszeit 11 Stunden betragen, außerdem wollten sie nur solche Gesellen beschäftigen, die dem Verbands nicht an-gehören. Zwei andere Meister erklärten, den Lohn von 25 % weiter zahlen zu wollen. Alle vier Meister sprachen sich aber dahin aus, daß die Gesellen, welche unter den genannten Bedingungen nicht arbeiten wollen, schon am Montag den Platz verlassen könnten. Darauf verließen die Meister die Versammlung. Nun, unsere Kameraden wissen, daß die Meister sich noch eines Besseren bestimmen werden und beschloßen, nach dem 1. April wieder eine Versammlung einzuberufen und die Meister ebenfalls dazu ein-zuladen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Warmen. Am 11. März tagte unsere Mitgliedere-versammlung. Dieselbe war etwas besser als alle übrigen in der letzten Zeit stattgefundenen Versammlungen besucht. Das Protokoll der vorigen Versammlung konnte nicht ver-lesen werden, weil es der Schriftführer nicht für nötig be-funden hatte, zu erscheinen. Die Tagesordnung lautete: „Wie kann die Agitation für den Verband wirksamer gestaltet werden?“ Dieses Thema behandelte Kollege Saupe in län-geren Ausführungen wie folgt: Die Agitationsfrage ist gewissermaßen eine Ewigkeitsfrage; von einer mehr oder weniger praktischen und wirksamen Agitation für den Zentral-verband der Zimmerer hänge auch zum großen Teil die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Zimmerer Deutschlands ab. Deshalb muß angestrift der großen Zahl dem Verbande noch fernstehender Zimmerer gerade der Agi-tation die weitgehendste Beachtung zugewendet werden. Geht es nicht in dem erforderlichen Maße. Die plan-mäßigen Agitationsreisen der vom Hauptvorstand ausge-sandten Referenten haben entweder bitter wenig und nur oberflächlichen, meist aber gar keinen Erfolg. Einerseits kommt das daher, daß bei Einberufung einer Versammlung, in welcher ein auf Agitationsreisen befindlicher Referent sprechen soll, nicht die Zeit berücksichtigt werden kann, welche von den Vorständen der einzelnen Zahlstellen für die günstigste zur Abhaltung einer Versammlung bezeichnet wird, andererseits ist die schablonenhafte betriebene Agitation schuld an den winzigen Erfolgen. Die Verhältnisse der ein-zelnen Orte, vor Allem das wirkliche Verständnis der Zim-merer jedes Ortes für die Gewerkschaftsbewegung, muß bei der Agitation in Betracht gezogen werden. Mit dem System, die Agitation allein durch Vorträge betreiben zu wollen, muß endlich gebrochen werden. Es muß darnach ge-trachtet werden, in allen Orten zunächst erst einmal einen kleinen Stamm Zimmerer zu gründlich geschulten Gewerkschaftlern heranzubilden, welche dann im Stande sind, unter allen, selbst den schwierigsten Verhältnissen praktisch für unsere Organisation zu arbeiten. Das läßt sich aber nicht durch Vorträge erreichen, die entweder nicht gehört oder nicht verstanden werden und auch nicht durch den „Zimmerer“, der leider sehr viel nicht gelesen wird. Es muß eine engere Ver-bindung mit den Verbandsorganen in den Zahlstellen oder anderen Zimmerern, welche sich für die Organisation inter-essieren, herbeigeführt und überall, wo es nötig ist, mit-berathend, beherrschend eingegriffen werden. Eine Agitation, in diesem Sinne geleitet, würde ganz andere Erfolge zeitigen, wie das heutige Agitationsystem. Allerdings kann dem Hauptvorstande, welcher sämtliche Zahlstellen des Reiches zu übersehen hat, eine so intensive aber notwendige Arbeit nicht zugemutet werden. Auch den in den Agitationskom-missionen thätigen Kameraden ist es unmöglich, neben der Ausübung ihres Berufes die Kleinagitation in allen Orten ihres Bezirkes in der erforderlichen Weise zu betreiben. Eine wirklich sachgemäße Agitation muß aber endlich herbeigeführt werden und sie ist nur möglich durch Anstellung besoldeter, von dem Unternehmertum unabhängiger Vertrauensmänner, zunächst in den arbeitsreichsten Provinzen, vor Allem auch in der Rheinprovinz. Der letzten Konferenz der Zimmerer Rheinlands lag schon ein derartiger Antrag vor, er wurde aber leider, jedenfalls weil er vorher in den einzelnen Zahl-stellen nicht genügend diskutiert worden war, abgelehnt. Auch der auf jener Konferenz anwesende Vertreter des Hauptvorstandes erklärte sich gegen den Antrag. Der Kostenpunkt spielt allerdings auch eine bedeutende Rolle mit. Es darf aber bei einer so wichtigen Frage, wo es sich um die Aus-breitung unserer Organisation in der praktischsten und wirk-samsten Weise handelt, nicht gefauert werden. Die der Hauptklasse durch Anstellung von Vertrauensmännern ent-stehenden Mehrausgaben werden sich voraussichtlich auch recht bald wieder decken durch entstehenden Mitgliederzuwachs in-folge der agitatorischen Thätigkeit. An der Diskussion be-theiligte sich auch der Vorsitzende der Agitationskommission für Rheinland, Kamerad Janßen-Düffeldorf, welcher er-schienen war, um mit den hiesigen Zimmerern Rücksprache betreffs der Ausbreitung des Verbandes am Orte zu nehmen. Janßen erklärte sich aus den angeführten Gründen ebenfalls für Anstellung besoldeter Vertrauensmänner, nur hält er es nicht für angebracht, jetzt während der Krise mit diesem Projekt an den Verband heranzutreten. Kamerad Jung-Eberfeld ist ebenfalls mit den Ausführungen von Saupe einverstanden, er ist jedoch im Gegensatz zum Kameraden Janßen der Ansicht, daß gerade während der jetzigen Krise die Vertrauensmännerfrage für unsere Organisation eine brennende geworden sei. Hier im Rheinlande mache sich jetzt so recht der Mangel einer Person bemerkbar, welche in stän-diger enger Föhlung mit den Zimmerern der einzelnen Orte stehe, um überall, wo es nötig ist, helfend einzugreifen. Jung wünscht, daß diese Frage auf einer demnächst abzu-haltenden Konferenz der Zimmerer Rheinlands eingehend be-sprochen werde. Nach weiterer Diskussion wurde eine Res-olution angenommen, welche sich mit den Ausführungen des Kameraden Saupe deckte. Nachdem noch eine aus drei Mann

bestehende Kommission gewählt worden war, welche in Verbindung mit den Platzvertrauensmännern die Agitation am Orte betreiben soll, erfolgte Schluß der Versammlung.

Braunschweig. Am 23. März fand im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die trotz der wichtigen Tagesordnung nur von etwa 50 Mitgliedern besucht war, was im Verhältnis zu der Mitgliederzahl von 280 gewiß ein recht betrübendes Zeichen ist. Bei der hierauf vorzunehmenden Wahl von Platzdeputierten zeigte sich ebenfalls, wie wenig Interesse die Kameraden dieser gewiß recht notwendigen Einrichtung entgegenbringen. Nur mit Aufwendung der größten Mühe gelang es, für Plätze, wo beispielsweise 50 und mehr Verbandskameraden beschäftigt sind, Deputierte zu gewinnen. Die Furcht vor Entlassung aus der Arbeit war es, die die Mehrzahl unserer Kameraden von der Annahme eines beratigen Postens abhielt. Auch hier zeigte sich wieder die knechtische Furcht vor dem Unternehmer, die, wenn die Zimmerer Braunschweigs geschlossen dastünden, jedenfalls unbegründet sei. Nummehr wurde die Wahl von Hilfskassirern, die wegen schwachen Besuchs der vorigen Versammlung zurückgestellt war, vollzogen. Obwohl man befürchtete, daß durch Einführung des Hilfskassirer-Systems der Versammlungsbesuch ein noch schlechterer würde, sah man sich in Anbetracht der großen Zahl der Mitglieder, die mit ihren Beiträgen arg im Rückstande waren, doch hierzu veranlaßt. Das Stadtgebiet ist jetzt in vier Bezirke eingeteilt, dem je ein Hilfskassirer vorsteht, der an jedem ersten Sonntag im Monat die Beiträge einzufassen und gleichzeitig die Kollektage zu übernehmen hat. Nachdem sodann noch das von der Agitationskommission für Sachsen-Anhalt herausgegebene Flugblatt einer Kritik unterzogen, wurde wegen vorgerückter Zeit auf Anordnung des überwachenenden Beamten mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung geschlossen.

Charlottenburg. Am 18. März fand hier unsere Mitgliederversammlung statt. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung sowie Verlesung des Protokolls der vorhergehenden Versammlung wurde von den Anwesenden das Andenken der Märzgefallenen durch Erhebung von den Plätzen geehrt. Hierauf erhielt Kamerad Stenfmowiz, Berlin, das Wort zu einem Vortrag. Redner führte die jetzt herrschende Arbeitslosigkeit an und gab den im Laufe des Vorjahres stattgefundenen Bankbruchs einen großen Theil der Schuld hieran. Ferner warnte derselbe vor dem Eintritt in unvorbereitete Streiks, da dieselben in der Regel Niederlagen zeitigen. Auch wies Redner durch Zahlen den Niedergang sowie auch den darauf folgenden Aufschwung der Mitgliederzahl im Zentralverband nach und sprach die Hoffnung aus, daß durch die wirksame und kräftige Agitation in den einzelnen Zahlstellen der Verband weiter emporblühe und sich stetig vergrößere. Hieraus entspann sich eine lebhafte Diskussion, worauf der Referent seinen Vortrag mit einem kernigen Schlußwort beendete. Im zweiten Punkte der Tagesordnung wurde ein von der Zentralkommission für Bauarbeiter-Schutz zugesandtes Schreiben, eine Petition an das Abgeordnetenhaus zum Zweck der Einführung amtlicher Baukontrollen, verlesen und die beiliegende Resolution einstimmig angenommen. Zum Schluß machte Grise auf das dem letzten „Zimmerer“ beiliegende Flugblatt, Heimarbeit betreffend, aufmerksam und wünschte, daß sich alle im Hause durch Heimarbeit Beschäftigten organisieren möchten. Auf eine Anfrage des Kameraden Mose an den Hauptkassirer, wie es mit den Nebemerkalen der Mitglieder stehe, verlas Redner noch einige Mitglieder, die die letzte Karte noch nicht zur Abstempelung abgegeben hatten, und ersuchte dieselben, dies in kürzester Zeit nachzuholen. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Dümnitz. Am 23. März fand eine Versammlung der Zimmerer statt, in welcher Kamerad Erdmann-Schwerin einen Vortrag über die Aufgaben des Verbandes hielt. Redner schilderte recht eingehend die Lage der Zimmerer; er wies nach, daß dieselbe noch lange nicht menschenwürdig sei, die Möglichkeit aber, sie so zu gestalten, sei vorhanden. Natürlicher Weise der Einzelne nichts erreichen, aber wenn sich die Arbeiter organisieren, ließen sich bedeutende Verbesserungen herbeiführen. Wie weit dies im Laufe der letzten Jahre geschehen, zeigte Redner an den Erfolgen des Verbandes. Nachdem das Statut zur Kenntnis gegeben war und Referent die Bedeutung der einzelnen Paragraphen erläutert, wurde beschlossen, eine Zahlstelle zu errichten. 33 Kameraden erklärten ihren Beitritt. Nachdem noch die Vorstandswahl vollzogen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Frankfurt a. M. Am 19. März fand im Gewerkschaftshaus unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die angesichts der wichtigen Tagesordnung nicht gut besucht war. In einem längeren Vortrage referierte Kamerad Weißbecker über: „Wie respektieren die Unternehmer unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen und welche Stellung nehmen wir hierzu ein?“ Redner führte aus, daß seitens der Unternehmer Lohn- und Arbeitszeit für das Jahr 1908 festgesetzt seien; zwar seien keine direkten Lohnabzüge vorgesehen, jedoch stehe es jedem Arbeitgeber frei, nach eigenem Ermessen die Höhe des Lohnes zu bestimmen. Wir sehen, daß die Unternehmer wiederum die Klausel beigefügt, an welcher im Vorjahre das Zustandekommen des Vertrages scheiterte, das ist, nur tüchtigen ausgebildeten Zimmerern den Stundenlohn von 48 $\frac{1}{2}$ zu zahlen, im Uebrigen je nach Leistung des Einzelnen den Lohn zu bestimmen. Redner kommt des Näheren auf die Scharfmacherverbände zu sprechen, und erwähnt besonders den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Mitteldeutschland, an deren Spitze der uns allen bekannte Baumeister Pöschers-Frankfurt a. M. steht. Genannter Herr sagte in seinem Bericht über die Thätigkeit des Arbeitgeberverbandes u. A., es sei der guten Organisation der Arbeitgeber zuzuschreiben, daß die Mitgliederzahl des Zentralverbandes der Maurer für Frankfurt und Umgegend um etwa 3000 zurückgegangen sei. Wenn auch wohl zugegeben werden müsse, daß ein Rückgang in der Mitgliederzahl zu konstatieren sei, so hätten hier jedenfalls andere Umstände dazu beigetragen, und da kämen wohl in erster Linie die wirtschaftliche Krise und die Lage des Baugewerbes in Betracht. Was unsere Organisation anbetreffe, so sei eine nennenswerte Abnahme an Mitgliedern bisher nicht zu verzeichnen, jedoch sei es notwendig, jetzt eine rege Agitation zu entfalten, um nicht nur diejenigen Kameraden, die uns den Rücken gekehrt, sondern die große Anzahl der uns bisher noch gänzlich Fernstehenden dem Verbande zuzuführen. Erst wenn uns dieses im vollsten Maße gelungen sei, würden wir im Stande sein, den Unternehmern die gebührende Antwort auf ihr Thun und Treiben geben zu können. Eine Resolution, die jeden Zimmerer auf Ehrenwort verpflichtet, nicht unter 48 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn zu arbeiten, wurde angenommen. Hierauf wurde eine fünfgliedrige Lohnkommission gewählt. Nachdem sodann

noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt, wurde die Versammlung geschlossen.

Salle a. S. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung fand am 16. März statt. Genosse Swienty hielt einen Vortrag über die Ursachen der Arbeitslosigkeit im Zimmererberuf, und wie kann derselben entgegengetreten werden. Die Anwesenden erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden; folgende Resolution fand Annahme: Die Versammlung erkennt die Ausführungen des Genossen Swienty für richtig an. Die Anwesenden verpflichten sich, nicht allein ihre Beiträge pünktlich zu bezahlen, sondern auch die Versammlungen pünktlich und fleißig zu besuchen sowie durch das Lesen des „Volksblatt“ und sonstiger Arbeiterblätter sich Aufklärung zu verschaffen, jede Versammlung durch gegenseitige Belehrung interessant zu gestalten; nur auf diese Weise kann jeder Einzelne nach den Ausführungen des Referenten handeln. — Im Ferneren fand die Sache Grimm ihre Erledigung. Die Kommission hat für die Verleumdung keine Beweise gefunden. — Beschlossen wurde dann noch, 50 Geschäftsberichte des Arbeiter-Sekretariats und des Kartells sowie Broschüren über den Bauarbeiter-Schutz zu bestellen. Hierauf wurde noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß diejenigen arbeitslosen Mitglieder, die mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, um Stundung nachzusuchen haben. — Des Weiteren wurde die Sammelkarte des Trothaer Bezirkskassirers gerügt, worauf sich ein Kamerad freiwillig erbot, diesen Bezirk mit zu übernehmen. Fahrgelder sollen demselben vergütet werden. Hierauf Schluß der schwach besuchten Versammlung.

Kiel. Am 20. März fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: „Das Antwortschreiben der Innung“. Die Innung hatte auf unsere in der letzten Versammlung angenommenen Resolution (Siehe unter „Lohnbewegung“ in Nr. 12 d. Bl.) geantwortet, daß sie auf ihr Angebot, bei 53 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn den Vertrag auf zwei Jahre abzuschließen, beharren müsse. So lange die Gesellen nicht gewillt seien, auf dieser Grundlage den Vertrag zu errichten, würden sie den bisher gezahlten Lohn von 55 $\frac{1}{2}$ weiter zahlen; alle weiteren Verhandlungen mit dem Gesellenausschuß müßten sie jedoch als aussichtslos ablehnen. In der Diskussion wurden alle einschlägigen Gesichtspunkte noch einmal in Erwägung gezogen. Nachdem von verschiedenen Seiten auf die Konsequenzen einer Ablehnung dieses Angebotes aufmerksam gemacht worden war und auf die Lage des Baugewerbes im Lande hingewiesen, wurde die Abtimmung vorgenommen. (Siehe unter „Lohnbewegung“.) Zum Schluß wurde noch gerathen, den reisenden Kameraden mehr Rücksicht auf den Stand unserer Lohnbewegung anzuempfehlen, damit der Bezug möglichst eingeschränkt würde, weil noch eine ganze Anzahl verheiratheter Kameraden außer Arbeit seien. Sodann erfolgte Schluß der Versammlung.

Kottbus. Am 19. März fand die erste Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Vespredung über die Abhaltung unserer Mitgliederversammlungen. 2. Wahl eines stellvertretenden Vorstandes. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. Beim ersten Punkte der Tagesordnung wurde beschlossen, daß die Mitgliederversammlungen regelmäßig am Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats stattfinden. Vom zweiten Punkt mußte Abstand genommen werden, weil nicht genügend Mitglieder erschienen waren, was wohl seinen Grund darin hat, daß die Versammlung nicht öffentlich bekannt gemacht worden war. Es waren nur 13 Kameraden anwesend. Zwei Kameraden ließen sich in den Verband aufnehmen. Nachdem noch vom Kassirer die Beiträge entgegengenommen waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Mühlhausen i. Th. Am 19. März fand eine Bauhandwerkerversammlung statt, welche von circa 120 Personen besucht war. Zunächst wurde das Andenken des infolge eines Baunalles verstorbenen Zimmerer Genzel durch Erheben von den Plätzen geehrt. Hierauf erhielt Schenck-Erfurt das Wort zum ersten Punkte der Tagesordnung: „Der Bauarbeiter-Schutz in Preußen“. Redner führte u. A. aus, daß in der Industrie seit jeher eine ständige Verbesserung der Arbeiterschuttsvorrichtungen an Maschinen zc. Platz greife, dagegen im Baugewerbe in dieser Beziehung recht wenig geschehe. Während früher überhaupt nur Vorschriften lediglich zum Schutze des die Baustellen passirenden Publikums erlassen wurden, und es auch in zivilrechtlicher Beziehung hinsichtlich der Entschädigungspflicht der Unfälle seitens der Arbeitgeber schlecht bestellt gewesen, sei erst in den 80er Jahren das Haftpflichtgesetz und die Versicherungspflicht auf Hochbauten ausgedehnt worden. Er sprach sodann von der Zunahme der in den baugewerblichen Berufsgenossenschaften vorkommenden Unfälle, die jährlich die Zahl 40 000 weit übersteige, von denen aber vielleicht nur $\frac{1}{2}$ der Verunglückten entschädigt werde, ging dann über zu den Berufskrankheiten der Bauhandwerker und zu den Ursachen der Unfälle, als solche den sogenannten Bauwundel, den Grund- und Bodensucher, das zu schnelle und leichte Bauen, das Submissionswesen und namentlich den oft leichtsinnigen Gerüstbau bezeichnend. Die Möglichkeit einer Verminde rung der Unfälle sieht er in dem Erlaß von Arbeiterschuttsgeetzen seitens der Regierung, dem Erlaß von entsprechenden Vorschriften seitens der Städte, in der Einsetzung von Bau-Inspektoren aus Kreisen der Arbeitnehmer sowie in Maßnahmen der Arbeiterorganisationen; hierunter zählt er besonders eine bessere Ausbildung der Lehrlinge durch die Gesellen, und die Reduzierung der Arbeitszeit. Die Versammlung nahm im Anschluß hieran eine Resolution an, in welcher man eine von den Vertrauenspersonen der Bauarbeiter in Berlin am 27. Februar an das Abgeordnetenhaus gerichtete Petition unterstützt, die Letzteres erucht, in Erwägung der Mängel der amtlichen Ueberwachung der Bauten die Staatsregierung aufzufordern, in nächster Zeit ein Landes-Bauarbeiter-Schutzgesetz zur Durchführung zu bringen. — Zum zweiten Punkte der Tagesordnung wurde der Unfall auf dem Neubau in der Eisenacherstraße besprochen und die Gerüstanlage als mangelhaft bezeichnet, weil sie, anstatt durchgängig mittelst Windenborrichtung besetzt zu sein, nach der Straßenseite nur genagelt gewesen sei und außerdem ein Fanggerüst gefehlt habe. Die Schuld an den hier vorkommenden Baunfällen trage theilweise die mangelhafte Baupolizeiverordnung Mühlhausens, in der auf die Arbeiterschuttsbestimmungen wenig Bedacht genommen sei; auch der Behörde sei der Vorwurf zu machen, daß sie die Baue nicht genügend revidieren lasse und die Bauleiter bei Unterlassung von Schutzmaßnahmen in Strafe nehme. Unter Anderem wurde das Ver-

halten der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats abfällig kritisiert, weil diese Körperschaften die Forderung der Bauarbeiter-Schutzkommission auf Prüfung und Beseitigung der Mängel im Baugewerbe hier mehr oder weniger ignoriert haben sollen. In einer zweiten diesbezüglichen Resolution fordert die Versammlung von den städtischen Behörden u. A. eine sofortige Revision der gegenwärtigen hiesigen Baupolizeiverordnung bezw. den Erlaß einer neuen, in welcher den Wünschen der hiesigen Bauhandwerker sowie der Arbeiterschaft Rechnung getragen werden, und die Anstellung eines Bauteilkontrolleurs aus Arbeiterkreisen. — Die auf der Tagesordnung vorgesehene Wahl einer Bauarbeiter-Schutzkommission unterblieb, da es den einzelnen Berufsorganisationen überlassen bleiben soll, geeignete Personen vorzuschlagen.

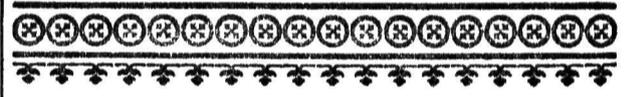
Reuruppin. Am 16. März fand unsere Mitgliederversammlung statt. Nachdem der Kartellbericht entgegen genommen, machte der Vorsitzende bekannt, daß in nächster Zeit eine Bauarbeiterversammlung stattfinden würde, die sich mit dem Bauarbeiter-Schutz befassen sollte. Die Einberufung dieser Versammlung und die Arrangements zu derselben habe das Kartell übernommen. Hierauf führte ein Kamerad Beschwerde darüber, daß Berichte von Versammlungen, in denen wichtige Beschlüsse gefaßt werden, nicht im „Zimmerer“ veröffentlicht werden. Ein Antrag, dieselben in Zukunft der Redaktion zur Veröffentlichung zu überlassen, fand Annahme. Beschlossen wurde ferner, am 19. April ein Vergnügen abzuhalten. Im Protokoll der letzten Versammlung ist noch nachzutragen, daß beschlossen wurde, den Lokalfondsbeitrag in der bisherigen Höhe zu belassen. Dem Kartellbelegirten wurde für jede Sitzung eine Entschädigung von 25 $\frac{1}{2}$ zugewilligt. Des Weiteren wurde beschlossen, daß Mitglieder, die bereits einmal wegen Schulden gestrichen waren, bei ihrer Wiederaufnahme außer dem statutarischen Eintrittsgeld von M. 1,50 einen halben Jahresbeitrag in den Lokalfonds zu zahlen haben. Dasselbe gilt für diejenigen Mitglieder, die sich im Herbst abmelden, um den Winterbeitrag zu sparen und sich dann im Frühjahr wieder zur Aufnahme melden. Da weiter nichts vorlag, wurde die Versammlung geschlossen.

Bobesud. Am 9. März fand unsere Mitgliederversammlung statt. Nachdem das Protokoll verlesen, beschäftigte man sich mit der Frage des Bauarbeiter-Schutzes. Die Versammlung erkannte an, daß auf diesem Gebiete noch recht viel zu thun sei, um die bestehenden Mißstände zu beseitigen. Eine Resolution, die sich mit dem Vorgehen der baugewerblichen Arbeiter Berlins einverstanden erklärte, wurde angenommen. Hierauf wurde die Lohnkommission mit der Ausarbeitung eines neuen Lohntarifs beauftragt. Beschlossen wurde ferner, unsere Mitgliederversammlungen am Sonntag nach dem 1. jedes Monats abzuhalten. Der Vorsitzende forderte zum Schluß noch die Anwesenden auf, sich recht rege an allen Versammlungen zu beteiligen, damit unsere junge Zahlstelle im Stande sei, auch wirksam für die Interessen ihrer Mitglieder einzutreten.

Spandau. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung fand am 18. März statt. Nachdem das Protokoll der vorhergehenden Versammlung verlesen und richtig gestellt, hielt Kamerad Knüpfer, Berlin, einen Vortrag über korporative Arbeitsträger. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung wurde beschlossen, den statutarisch zu leistenden Beitrag von 35 Pfennig, entsprechend dem im Vorjahre eingetretenen Lohnerhöhung, ab 1. April zu zahlen. Hierauf wurden noch einige örtliche Angelegenheiten geregelt und sodann die Versammlung geschlossen.

Sterbetafel.

Altenburg. Das Mitglied Reinhold Schönfeld starb an den Folgen einer Lungenentzündung im Alter von 26 Jahren.



Polizeiliches und Gerichtliches.

Im Polizeistaat Bremen. Das „Volksblatt“ in Halle bringt folgende Mittheilungen über das Verhalten der dortigen Polizei zum Versammlungsrecht, das der weitesten Aufmerksamkeit würdig ist:

„Auf ein wahres Martyrium kann seit einiger Zeit das hiesige Gewerkschaftskartell zurückblicken. Plötzlich wurde Anfang Februar die regelmäßige Monats-sitzung polizeilich aufgelöst, weil Frauen anwesend seien. In den vorausgegangenen Sitzungen war das auch der Fall gewesen, ohne daß dies Anstoß erregt hätte. Um selbst den strengsten Auslegungen des Vereinsgesetzes gerecht zu werden, wurde die Versammlung als öffentliche angemeldet, weil in dieser Form unbedingt die Anwesenheit von Frauen zugelassen werden mußte. Es nützt nichts; auch diese Versammlung wurde kurzerhand aufgelöst, weil die Frauen nicht entfernt wurden. Der dritte und letzte Weg wurde beschritten; das Kartell mußte dabei freilich seinen Charakter als geschlossene Korporation aufgeben; es wurde eine öffentliche Versammlung anberaumt und ein Bureau gewählt, so daß das Wesen einer öffentlichen Volksversammlung allenthalben erfüllt wurde. Auch das nützte nichts; wieder erfolgte die Auflösung, weil Frauen anwesend seien. Auf letzten Freitag war nun die vierte Versammlung einberufen worden. Frauen waren diesmal nicht anwesend; die Anmeldung war wiederum als öffentliche Versammlung erfolgt. Schon hatte der Vorsitzende die Eingänge bekannt gegeben, als der anwesende Polizeibeamte wiederum zur Auflösung schritt, weil seiner Meinung nach die Versammlung keine öffentliche, sondern eine geschlossene sei, zwei Versammlungen aber nicht auf einmal abgehalten werden könnten.“

Es wird natürlich gegen alle diese Auflösungen der Rechtsweg beschritten werden. Auf die erste Beschwerde ist vor Kurzem erst — über vier Wochen nach der Beschwerdeführung — die abweisende Antwort eingegangen und die Klage beim Bezirksauschuß nunmehr eingereicht worden. Auf die anderen Beschwerden ist überhaupt noch keine Antwort erfolgt.“

Position	Zahlstelle	Saldo vom Jahre 1900		Einnahme		Summa		Ausgabe		Bestände am Jahres-schluß		Summa		Position	Zahlstelle	Saldo vom Jahre 1900		Einnahme		Summa		Ausgabe		Bestände am Jahres-schluß		Summa	
		M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ			M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ
217	Münster i. B.	—	—	89	93	89	93	56	92	33	1	89	93	288	Schwerin i. M.	141	—	97	—	238	—	191	20	46	80	238	—
218	Naurob.	—	—	3	90	3	90	3	90	—	—	3	90	289	*Schwerte	4	81	13	—	17	81	17	81	—	—	17	81
219	Neubrandenburg	—	—	81	20	81	20	30	—	51	20	81	20	290	Schwiebus	42	80	130	50	173	30	81	60	91	70	173	30
220	Neuhaldensleben	—	—	126	60	126	60	72	10	54	50	126	60	291	Seeheim	9	35	24	85	34	20	20	10	14	10	34	20
221	Neukloster	—	—	15	40	15	40	9	85	5	55	15	40	292	Segeberg	—	—	62	—	62	—	38	60	23	40	62	—
222	Neumünster	295	30	357	90	653	20	135	—	518	20	653	20	293	Sölingen	—	—	123	36	123	36	102	15	123	36	123	36
223	Neu-Ruppin	68	15	197	90	266	5	192	45	73	60	266	5	294	Soltau	—	—	85	30	85	30	67	20	18	10	85	30
224	Neustettin	—	—	44	85	44	85	7	5	37	80	44	85	295	Sommerfeld	14	66	23	10	37	76	37	76	—	—	37	76
225	Neuß	71	65	64	90	136	55	58	50	78	5	136	55	296	Sonderburg	—	—	43	—	43	—	18	—	25	—	43	—
226	Neustadt i. M.	35	35	8	25	43	60	43	60	—	—	43	60	297	Spandau	1527	37	1198	5	2725	42	453	30	2272	12	2725	42
227	Neustrelitz	—	—	72	20	72	20	45	—	27	20	72	20	298	Speyer	—	—	15	95	15	95	—	—	15	95	15	95
228	Nienburg a. d. E.	7	35	63	30	70	65	55	50	15	15	70	65	299	Spreenberg	23	50	18	50	42	—	—	—	42	—	42	—
229	Nienburg a. d. W.	—	—	108	50	108	50	36	—	72	50	108	50	300	Sonneberg i. Th.	—	—	76	97	76	97	26	9	50	88	76	97
230	Nordenham	—	—	18	60	18	60	10	—	8	60	18	60	301	Stade	50	—	158	—	208	—	88	35	119	65	208	—
231	Nowawes	427	72	—	—	427	72	427	72	—	—	427	72	302	Stargard i. P.	27	90	28	50	56	40	24	40	32	—	56	40
232	Nürnberg	—	—	1343	95	1343	95	406	20	937	75	1343	95	303	Stahfurt	68	60	130	—	198	60	162	80	35	80	198	60
233	*Neu-Zienburg	3	—	3	—	3	—	3	—	3	—	3	—	304	Steinbach a. L.	—	—	14	70	14	70	6	50	8	20	14	70
234	Obermöllstadt	—	—	25	25	25	25	25	25	—	—	25	25	305	Steinbeck	59	98	209	82	269	80	158	42	111	38	269	80
235	Offenbach	27	88	246	20	274	8	256	87	17	21	274	8	306	Stendal	204	60	140	47	345	7	105	53	239	54	345	7
236	Oggersheim	—	—	12	50	12	50	—	—	12	50	12	50	307	Stettin	1950	30	4108	58	6053	88	2853	25	3700	63	6053	88
237	Ohlau	26	60	78	25	104	85	40	20	64	65	104	85	308	Stralsund	—	—	150	80	150	80	102	80	48	—	150	80
238	Oldesloe	—	—	25	—	25	—	18	20	6	80	25	—	309	Strasburg i. G.	14	—	16	40	30	40	21	20	9	20	30	40
239	Olvenstedt	196	95	242	35	439	30	208	65	230	65	439	30	310	Strasburg i. d. N.	59	10	38	40	97	50	97	50	—	—	97	50
240	Oranienburg	137	15	163	80	300	95	131	66	169	29	300	95	311	Stuttgart	—	—	141	25	141	25	141	25	—	—	141	25
241	Osabrück	42	60	67	90	110	50	36	—	74	50	110	50	312	Scharmbeck	—	—	52	—	52	—	32	—	20	—	52	—
242	Ottersleben, Gr.	479	60	467	90	947	50	717	10	230	40	947	50	313	Schwekingen	—	—	2	70	2	70	—	—	2	70	2	70
243	Parchim	—	—	32	90	32	90	—	—	32	90	32	90	314	Taucha	6	90	13	20	20	10	15	—	5	10	20	10
244	Pasewalk	—	—	198	90	198	90	172	95	25	95	198	90	315	Torgau	—	—	125	—	125	—	76	40	48	60	125	—
245	Peine	—	—	11	40	11	40	11	40	—	—	11	40	316	Trebbin	179	29	104	10	283	39	10	—	273	39	283	39
246	Penzlin	53	5	55	—	108	5	42	60	65	45	108	5	317	*Trepptom a. d. Toll.	—	—	4	70	4	70	—	—	4	70	4	70
247	Pforzheim	—	—	53	90	53	90	—	—	53	90	53	90	318	Treuenbriezen	—	—	12	95	12	95	8	50	4	45	12	95
248	Pfungstadt	19	25	22	—	41	25	41	25	—	—	41	25	319	Tünning	—	—	8	80	8	80	7	4	1	76	8	80
249	Pinneberg	80	25	117	10	147	35	70	75	76	60	147	35	320	Uckermünde	—	—	7	—	7	—	—	—	7	—	7	—
250	Pirmasens	—	—	5	85	5	85	4	—	1	85	5	85	321	Ueterjen	—	—	14	30	14	30	12	—	2	30	14	30
251	Pirna	—	—	39	10	39	10	39	10	—	—	39	10	322	Vegeack	106	25	148	45	254	70	60	—	194	70	254	70
252	Plauen i. B.	—	—	30	80	30	80	30	80	—	—	30	80	323	Velten	47	45	108	—	155	45	111	67	43	78	155	45
253	Pöhlitz	—	—	25	90	25	90	17	75	8	15	25	90	324	Verben	8	40	28	30	36	70	26	2	10	68	36	70
254	Potsdam	76	9	1269	80	1345	89	580	15	765	74	1345	89	325	Velbert i. Rheinl.	42	80	—	—	42	80	42	80	—	—	42	80
255	Breez	96	10	193	—	289	10	126	2	163	8	289	10	326	Volkstorf	—	—	55	25	55	25	11	85	43	40	55	25
256	Brenzlau	—	—	83	60	83	60	31	16	52	44	83	60	327	Voorde	—	—	2	50	2	50	—	—	2	50	2	50
257	Byritz	29	30	103	90	133	20	60	—	73	20	133	20	328	Walsrode	—	—	4	50	4	50	—	—	4	50	4	50
258	Duerfurt	—	—	30	70	30	70	5	30	25	40	30	70	329	Wandsbek	298	48	302	85	601	33	165	93	435	40	601	33
259	Rathenow	115	45	131	15	246	60	75	—	171	60	246	60	330	Wannsee	7	28	171	40	178	68	72	70	105	98	178	68
260	Rageburg	—	—	38	70	38	70	21	50	17	20	38	70	331	Warnemünde	—	—	28	10	28	10	7	80	20	30	28	10
261	Reichenbach i. B.	—	—	44	15	44	15	9	85	34	30	44	15	332	Webel	55	60	95	75	151	35	83	23	68	12	151	35
262	Reinbek	28	85	48	5	76	90	55	20	21	70	76	90	333	Weißenfels	—	—	71	75	71	75	19	10	52	65	71	75
263	Remscheid	402	22	125	10	527	32	85	—	442	32	527	32	334	Werder	—	—	28	40	28	40	21	60	6	80	28	40
264	Rendsburg	61	80	277	50	339	30	146	20	193	10	339	30	335	Wiesbaden	72	70	69	90	142	60	100	—	42	60	142	60
265	Reppen	32	50	88	55	121	—	75	—	46	—	121	—	336	Wilhelmshaven	—	—	856	12	856	12	470	55	385	57	856	12
266	*Rheinfelden	19	—	—	—	19	90	19	90	—	—	19	90	337	Wittler	—	—	31	45	31	45	22	65	8	80	31	45
267	Rheingönheim	14	15	2	—	16	15	—	—	16	15	—	—	338	Witten	—	—	77	10	77	10	77	10	—	—	77	10
268	Richtenberg i. P.	16	15	53	85	70	—	33	60	36	40	70	—	339	*Wittstock	57	50	83	20	140	70	140	70	—	—	140	70
269	Roitzsch	—	—	24	20	24	20	20	—	4	20	24	20	340	Wockern	—	—	89	60	89	60	36	80	52	80	89	60
270	Rostock	33	85	223	60	257	45	187	49	69	96	257	45	341	Woldegk	—	—	116	60	116	60	67	33	49	97	116	60
271	Rothemühl	—	—	54	70	54	70	41	80	12	90	54	70	342	Woltenberg	—	—	26	50	26	50	20	90	5	60	26	50
272	Rothensee	—	—	31	50	31	50	22	50	9	—	31	50	343	Woltershausen	5	35	888	90	394	25	241	8	153	17	394	25
273	Rudolstadt	—	—	9	—	9	—	9	—	9	—	9	—	344	Wongrowitz	—	—	38	85	38	85	12	80	26	5	38	85
274	Ruhrt	—	—	78	20	78	20	50	20	28	—	78	20	345	Würrzburg	—	—	11	—	11	—	11	—	—	—	11	—
275	Riesa	—	—	12	30	12	30	8																			

den vorstehenden Balkon, dessen Decke dieser Last Widerstand hielt. Wäre dieses nicht der Fall gewesen, so wäre jedenfalls die darunter befindliche Rüstung durchschlagen worden. Sicher wären dann alle herabstürzenden Arbeiter bis zur Erde gestürzt, wobei jedenfalls keiner mit dem Leben davongekommen wäre, abgesehen davon, daß unten arbeitende Leute sowie Straßenpassanten arg hätten verletzt werden können. Dies große Baumglück beweist von Neuem, wie sehr eine gute Kontrolle durch die Behörde sowie strenge Maßregeln über die Ausführung der Mauerarbeiten am Platze sind. Wäre die Veranbarung des Gesimses mit der Grundmauer vorhanden gewesen, so hätte ein derartiges Unglück nicht vorkommen können. Nach dem Unfall hat die Polizeibehörde die Unglücksstätte in weiterem Umfange durch Aufstellung von Geländern auf der Straße abgesperrt. Der Brunnen wird zugedeckt, wenn das Kind hineingefallen ist.

Die Bauhätigkeit in Barmen hat im verfloffenen Jahre im Vergleich zu den Vorjahren eine Abnahme zu verzeichnen. Nach einer tabellarischen Uebersicht wurden im Jahre 1890 erbaut: 110 Wohnhäuser, 53 gewerbliche Anlagen, 122 An- und Umbauten, 93 Umbauten und 168 Hofgebäude, zusammen 547 Bauten. Im Jahre 1901 waren es 193 Wohnhäuser, 38 gewerbliche Anlagen, 148 An- und Umbauten, 176 Umbauten und 148 Hofgebäude, zusammen 708. Bis zum Jahre 1900 ist die Zahl der ausgeführten Bauarbeiten ständig gestiegen, und zwar erreichte sie eine Höhe von 125. Die Höchstzahl der neu erbauten Wohnhäuser während der letzten 12 Jahre wurde im Jahre 1898 erzielt mit 230, die der gewerblichen Anlagen im Jahre 1896 mit 114. Im Jahre 1899 machte sich ein plötzlicher Rückgang bemerkbar, indem die Zahl der erbauten Wohnhäuser von 230 im Jahre 1898 auf 150 fiel.

Blüthen des Submissionswesens. In Opladen im Rheinland ist der Bau einer Eisenbahn-Reparaturwerkstatt in Submission vergeben worden. Die Angebote schwanken zwischen M. 62 460 und M. 107 680, und zwar war das niedrigste von einem Zimmermeister aus Barmen und das höchste von einer Firma aus Köln a. Rh. eingereicht.

Sozialpolitisches.

Internationaler Arbeitsmarkt. Die leichte Besserung, die das Gepräge des Arbeitsmarktes in England schon während des Monats Januar aufgewiesen hatte, dauerte im Februar fort, so daß der Prozentsatz der Arbeitslosen von 4,4 auf 4,8 sinken konnte. Im Gegensatz zu Deutschland waren namentlich die Vergleute recht gut beschäftigt. Weniger gut ist der Beschäftigungsgrad im Eisengewerbe, wo über sinkende Preise der Fertigfabrikate, gleichzeitig aber über hohe Produktionskosten geklagt wird. Wie in Deutschland werden auch in England die Kohlenpreise als zu hoch befunden. Während nun aber in Deutschland der Grund der hohen Kohlenpreise in der Preispolitik der Syndikate gesucht wird, sieht man in England die hohen Löhne als das Hindernis des Rückganges der Kohlenpreise an. Da die Grubenbesitzer bei dem Versuch einer Lohnherabsetzung hartnäckige Ausstände zu befürchten hätten, so sehen sie von solchen Maßregeln um so eher ab, als sie selbst bei den jetzigen Preisen immer noch ihre Rechnung finden. Zeigen England und Deutschland eine Hebung des allgemeinen Beschäftigungsgrades, so ist für Frankreich eine weitere Verschlechterung festzustellen. Schon von Dezember auf Januar stieg die Zahl der Arbeitslosen von 10 auf 13 pSt.; der Februar schließt mit einer Prozentziffer von 15. Recht unbefriedigend ist die Beschäftigung im Bergbau und im Eisengewerbe. Die geringe Nachfrage nach Hoheisen geht daraus hervor, daß in den Hochofendistrikten während des Februar zahlreiche Ofen außer Betrieb waren. In Oesterreich-Ungarn ist eine Veränderung im Gepräge des Arbeitsmarktes während des Februar nicht eingetreten, nach wie vor herrscht eine ziemlich allgemeine Stagnation. Die verschiedenartige Lage des Arbeitsmarktes in den europäischen Ländern deutet darauf hin, daß die Konjunkturlaute eine ausgesprochene Tendenz noch nicht verfolgt. Die verschiedenen Ansätze einer Besserung sind durch die überwiegend ungünstige Gestaltung des Bergbaues im März erheblich bedroht. Auch fängt der Beschäftigungsgrad im Textilgewerbe, das seit Ende des vorigen Jahres günstiger lag, schon wieder an, nachzulassen. Seit Mitte März lassen z. B. die englischen Spinner auf Veranlassung der Baumwollspinner-Association zwei Tage in der Woche den Betrieb ruhen.

Ueber die Geschäftspraktiken des Kohlenyndikats schreibt die „Kölnische Volkszeitung“: „Seitens des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats werden gegenwärtig wieder die größten Anstrengungen gemacht, um diejenigen Großverbraucher, welche mit ihren Aufträgen für das neue Geschäftsjahr noch immer zurückhalten — und deren Zahl ist noch immer groß — zum Abschluß zu bewegen. Diese Bemühungen scheitern indes nach wie vor zumeist an der Forderung, den Bedarf gleich für das ganze Jahr zu den heutigen Preisen zu decken. Hierauf wollen die Verbraucher sich zumeist nicht einlassen, weil sie sich sagen, daß die gegenwärtige Marktlage die jetzige Höhe der Preise um so weniger rechtfertigt, als eher eine Verschlechterung als eine Besserung in den Absatzverhältnissen auf dem Kohlenmarkt zu erwarten sei. Diese Auffassung ist jedenfalls richtig, und es hieße das Syndikat in seinem Bestreben, die Preise auf einer der gegenwärtigen Marktlage entsprechenden Höhe zu erhalten, nur bestärken, wenn die Verbraucher so leicht zu der Erfüllung der Forderungen desselben sich verstehen wollten. Wenn übrigens in den letzten Tagen die Nachricht in gewisse Blätter gedruckt worden ist, der größte Theil der Verbraucher habe bereits für das ganze Jahr mit dem Syndikat wieder neu abgeschlossen, so entspricht die nach dem von mir eingezogenen Erkundigungen durchaus nicht den Thatsachen; denn ein sehr großer Theil der früheren Kundschaft des Syndikats hat den nächstjährigen Bedarf an Kohlen theils bei nicht dem Syndikat angehörenden Ruhrzechen, theils bei englischen Kohlenhändlern vollständig gedeckt. Der überaus rege Wettbewerb der englischen Kohle im Nordwesten Deutschlands hat dem Rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat in der letzten

Zeit überhaupt viel zu schaffen gemacht, indem er immer weiter in die Interessengebiete des letzteren mit großem Erfolg eindringt.

Wenn das Kohlenyndikat unter diesen Verhältnissen nicht bald dazu sich entschließt, mit den Preisen weiter herabzugehen, werden wir im Ruhrbezirk demnächst mit großen Arbeiterentlassungen beim Kohlenbergbau zu rechnen haben, welche möglicherweise dazu führen können, daß die ruhige und zufriedene Bergarbeiterbevölkerung wieder erregt wird. Man möge aber dann nur nicht wieder die Schuld auf die Bergarbeiter schieben.“

Nach den Berichten über die letzten Verhandlungen des Syndikats ist weder auf eine Berücksichtigung der Wünsche der Konsumenten noch der der Arbeiter zu rechnen. Verständigen Vorstellungen hat sich das Syndikat bisher immer unzugänglich gezeigt und von sozialpolitischen Pflichten hat es sich nie beschwert gefühlt. Hier kann nur die Unzufriedenheit der Arbeiter, die übrigens nie verschwunden war, helfen, nur müssen die Arbeiter ihre Kräfte in der Organisation sammeln, um den Kohlenbaronen zu imponiren.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Aus dem deutschen Bergarbeiterverband. Wo fast alle Gewerkschaften über einen mehr oder weniger großen Rückgang in der Mitgliederzahl, veranlaßt durch die unheilvollen Einwirkungen der Krise, Klage führen, scheint bei dem Bergarbeiterverband das gerade Gegentheil zuzutreffen. Wohl noch nie, oder doch höchst selten, hat eine Gewerkschaftsorganisation während, oder besser gesagt, durch die Krise einen derartigen Erfolg aufzuweisen gehabt, wie ihn der Bergarbeiterverband zu verzeichnen hat. Nach der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ hat die Zahl der Mitglieder, die am Schluß des Geschäftsjahres (16. Januar) 38 042 betrug, 40 000 bereits überschritten. Es sind demnach in einem Zeitraum von zwei Monaten reichlich 2000 Mitglieder gewonnen, ein Fall, wie man ihn selbst in Zeiten der flotten Hochkonjunktur nicht erlebt hat und der, man möchte wohl sagen, in der Gewerkschaftsbewegung ziemlich einzig daheht. In 6½ Jahren hat sich die Zahl der Mitglieder, die im Jahre 1895 noch 4000 betrug, verzehnfacht.

Gleichzeitig mit der Erstarkung der Mitgliederzahl ist auch die Einnahme des Verbandes gestiegen. Während man 1894/95 noch genöthigt war, zur Deckung der Agitationskosten Anleihen bei der Generalkommission aufzunehmen, verfügt man heute über einen Vorrath von M. 130 000. Betrug die Gesamteinnahme des Verbandes im Jahre 1894/95 nur M. 11 000, so hat sie im Laufe des verfloffenen Jahres M. 320 000 überstiegen.

Fürwahr! Ein glänzender Erfolg, der mit Rücksicht auf die heutigen Verhältnisse im Bergarbeiterberufe nicht genug gewürdigt zu werden verdient. Trotz aller Fetersdichten, trotz aller Arbeiterentlassungen und Lohnabzüge ein derartiger Fortschritt. Eine bessere Antwort konnte dem organisierten Ausbeuterthum nicht zu Theil werden.

Allgemeine Aussperrung im Baugewerbe in Amsterdam. Die Unternehmer des Baugewerbes in Amsterdam haben eine allgemeine Aussperrung der Maurer sowie der übrigen Bauarbeiter vorgenommen, weil die Arbeiter den Vorschlag, die vorliegenden Differenzen durch eine Kommission endgültig entscheiden zu lassen und sofort die Arbeit wieder aufzunehmen, verworfen haben. Die Folgen dieser Maßregel haben sich, soweit bis jetzt Mittheilungen vorliegen, noch nicht in besonders großem Maße geltend gemacht. Einige Arbeitgeber sollen weiter arbeiten lassen, und zudem liegt die Bauhätigkeit so darnieder, daß überhaupt nicht sehr viele Arbeiter auf Bauten beschäftigt waren. Seitens der Organisationen wird die Gesamtzahl der Aussperrten auf 600 angegeben, und man erwartet, daß keine große Steigerung der Zahl mehr stattfindet.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Unfallrente und Armenunterstützung. Das sächsische Oberverwaltungsgericht hat vor einigen Tagen eine Entscheidung getroffen, die bei näherem Hinschauen von größerer Tragweite nach zwei Richtungen hin erscheint. Der Streit spielte zwischen den Ortsarmenverbänden Dresden und Löbtau. Ein früher in L. wohnhaft gewesener Arbeiter starb in D. an den Folgen eines Berufsunfalles. Die Hinterbliebenen des Verstorbenen mußten sich die ihnen zustehende Unterstützung aus der Unfallkasse erst streiten und wurden, während dieser Streit schwebte, aus der Dresdener Armentasse unterstützt. Später ist dieser aus der den Hinterbliebenen gewährten Rente Ersatz geleistet worden, soweit die vorhandenen Mittel dazu reichten. Das Krankentassengesetz enthält eine Bestimmung, nach der in solchen Fällen die nur vorschubweise geleisteten Gelder aus der Armentasse nicht als Armenunterstützung gerechnet werden; im Unfallgesetz fehlt eine solche Bestimmung. Bei dem organischen Zusammenhang der ganzen Sozialgesetzgebung waren maßgebende Behörden bisher aber wohl der Meinung, daß die fragliche Bestimmung des Krankentassengesetzes in analogen Fällen auch Anwendung auf das Unfallgesetz zu finden habe. Im vorliegenden Falle war die Armentasse in Dresden durch die Rente nicht ganz gedeckt, sie hätte aber für den überschießenden Betrag aufzukommen gehabt, weil die zu Unterstehenden inzwischen länger als zwei Jahre von Löbtau nach Dresden verzogen waren. Darum drehte sich nun eigentlich der Streit zwischen den beiden Ortsarmenverbänden; Dresden wollte von Löbtau den Betrag erstattet haben, Löbtau weigerte sich aber. Die Kreishauptmannschaft als Verwaltungsgericht entschied zu Gunsten Löbtaws. Man sah die von D. vorschubweise gezahlte Unterstützung nicht als Armenunterstützung an. Der Ortsarmenverband habe keine Verpflichtungen mehr, weil die Familie dort den Unterstützungswohnort verloren habe. Gegen diese Entscheidung rief Dresden das Oberverwaltungsgericht an, das die erstinstanzliche Entscheidung aufhob und Löbtau zur Zahlung verurtheilte. Diese Entscheidung ist endgültig, daher bindend und von prinzipieller Bedeutung. Das Oberverwaltungsgericht argumentirte: Das Unfallversicherungsgesetz enthält nicht die fragliche Bestimmung wie das Krankentassengesetz, diese kann daher in vorliegenden Fälle nicht Anwendung finden. Die gewährte Unterstützung

habe geleistet werden müssen, ohne eine Garantie für Ersatz die Gewährung habe nicht abhängig gemacht werden können von dem Ergebnis einer langwierigen Untersuchung darüber, ob ein Rentenanspruch begründet sei. Wenn die Unterstützung aber als Armenunterstützung angesehen sei, so sei durch ihre Zahlung die zweijährige Verjährungsfrist, die für den Verlust des Unterstützungswohnortes in Betracht komme, unterbrochen gewesen, so lange die Unterstützung gezahlt werde; der Unterstützungswohnort sei daher Löbtau geblieben.

Diese Entscheidung ist außerordentlich wichtig, für die Versicherten sowohl, wie für die Ortsarmenverbände. Mit dem Buchstaben des Gesetzes mag sie vielleicht zusammenzureimen sein, einer lokalen sinngemäßen Auffassung entspricht sie aber keinesfalls. Sie kann bei dem heute beliebten Verfahren bei den Berufsvereinigungen usw. für die Versicherten sehr nachtheilig wirken, weil ja die Armenunterstützung bekanntlich Verlust der politischen Rechte zur Folge hat. Ein Arbeiter, der sich die paar Mark Rente in den meisten Fällen erst in langwierigen Verfahren erstreiten muß, wird vielfach gezwungen sein, vorschubweise Unterstützung aus Gemeindemitteln anzunehmen. Es wäre sehr nöthig, daß die vorhandene Lücke im Unfallversicherungsgesetz durch einen entsprechenden Beschluß des Reichstages ausgefüllt würde.

Literarisches.

Der zweite Geschäftsbericht des **Arbeitersekretariats in Halle a. d. S.** für das Jahre 1901 nebst Berichten über das Gewerkschaftsstatell und den Stand der Organisation liegt vor. Die Angaben, welche über die Organisation der Zimmerer darin enthalten sind, stimmen aber nicht; 400 Zimmerer sind in Halle noch niemals beschäftigt gewesen.

Von der „**Gleichheit**“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz Verlag) ist uns soeben die Nr. 7 des 12. Jahrganges zugegangen. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 s., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1902 unter Nr. 8051) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 65 s.; unter Kreuzband 85 s.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ für die Lokalvorstände resp. Vertrauensmänner bei.

Versammlungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Versammlungsanzeigen bis zu 8 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Ahrensbül.** Sonntag, den 18. April.
- Barmen.** Dienstag, den 8. April, Abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Parlamentsfrage.
- Bergen a. Nügen.** Sonntag, den 13. April, Nachm. 8 Uhr, in der Herberge.
- Braunschw. Weig.** Dienstag, den 8. April, in der Zentralherberge, Werderstr. 32.
- Bremen.** Mittwoch, den 9. April, Abends 8 Uhr, in Schilbnach's Stabliement.
- Cannstatt.** Freitag, den 11. April, Abends 7 Uhr.
- Cassel.** Freitag, den 11. April.
- Cöln.** Sonntag, den 18. April, beim Wirth Brühl, Gärtnerstraße 2.
- Cremmen.** Sonntag, den 13. April.
- Duisburg.** Sonntag, den 13. April, Vormittags 11 Uhr, bei A. Marks, Felbstraße 9.
- Eisenberg.** Sonnabend, den 12. April, Abends 6 Uhr, bei Winter, Robaisstraße.
- Eberfeld.** Sonntag, den 13. April, Vormittags 11 Uhr, im „Volkshaus“, Homblückerstraße.
- Elrich.** Sonnabend, den 12. April.
- Emshorn.** Sonntag, den 13. April.
- Frankenthal.** Sonntag, den 13. April, Vormittags 10 Uhr, im „Feldschlößchen“.
- Freiberg i. S.** Mittwoch, den 9. April, Abends 7 Uhr, in Söbler's Restaurant, Berggasse 2.
- Freiburg i. B.** Sonntag, den 13. April, Vormittags 9½ Uhr, bei Schwente.
- Friedrichshagen.** Dienstag, den 8. April, bei Max Verbe, „Bürgeräle“.
- Fürth.** Sonntag, den 13. April, Vormittags 10 Uhr, bei Zid, Wassergasse 13.
- Frohburg.** Sonnabend, den 12. April, Abends 8 Uhr, im „Brauhoi“.
- Görlitz.** Mittwoch, den 9. April.
- Göttingen.** Montag, den 7. April, bei Wille's Wwe., Neustadt 29.
- Gräßdorf.** Sonntag, den 13. April, im Verbandsbause 88.
- Grünberg.** Dienstag, den 8. April, Abends 7 Uhr, bei Gamel, „Im goldenen Friebe“.
- Harburg.** Dienstag, den 8. April, bei Liffenhoop, 1. Bergstraße 7.
- Hof.** Sonnabend, den 12. April, in Sager's Restaurant, Marienstraße.
- Hohendoleben.** Sonntag, den 13. April, Abends 8 Uhr, bei Sirtus.
- Kiel.** Dienstag, den 8. April, Abends 8 Uhr, im „Elstium“, Brunswiderstraße.
- Kattowitz.** Sonnabend, den 12. April, Beitragszahlung und Aufnahme bei Droschmann, Mühlstraße 17.
- Königsberg i. Pr.** Montag, den 7. April, Abends 6½ Uhr, in der „Röthnighalle“.
- Langen i. Hessen.** Sonntag, den 13. April, im „Rämmchen“.
- Langenfalza.** Dienstag, den 8. April, Abends.
- Lehe-Geestemünde.** Sonntag, den 13. April, bei Mägger in Lehe.
- Lehmin.** Sonntag, den 13. April, Nachm. 2 Uhr, bei Edling in Nibel.
- Leuzo.** Montag, den 7. April, bei Tieloff, Mittelstr. 17.
- Magdeburg.** Dienstag, den 8. April, bei Müller, Tischlerkrugstraße 22.

Mühlhausen i. Th. Freitag, den 11. April, Abends 8 Uhr, im Lokal von Eisenhardt.

Münberg. Sonntag, den 13. April, Vormittags 10 Uhr, im „König von England“, Breitegasse.

Offenbach. Dienstag, den 8. April.

Oberstedt. Sonntag, den 13. April, Abends 8 Uhr, bei Hirschfeld.

Pirmasens. Montag, den 7. April, im „Deutschen Michel“.

Plauenischer Grund. Dienstag, den 8. April, Abends 8 Uhr, im Hauptold's Restaurant zu Deuten.

Potsdam. Dienstag, den 8. April, Abends 8 Uhr, bei Glaser, Brandenburger Kommunikation.

Pasewalk. Sonntag, den 13. April, Nachm. 2 Uhr, bei Herrn Schweizer.

Pyritz. Sonntag, den 6. April, Nachmittags 4 Uhr, bei Grefenz, Bahnerstr. 31.

Quedlinburg. Sonnabend, den 12. April, im Restaurant „Vormärts“.

Reichenbach. Sonnabend, den 12. April, Abends 8 Uhr, im Richter's Restaurant, Karolinenstr. 27.

Reinscheid. Samstag, den 12. April, Abends 8½ Uhr, bei Triesch, Bismarckstr. 13.

Reudersburg. Dienstag, den 8. April, Abends 8 Uhr, in der „Neuen Welt“.

Rixdorf. Dienstag, 8. April, bei Mercier, Steinwegstraße 55.

Rheingönheim. Sonnabend, den 12. April, in der Wirtschaft „Zur fröhlichen Pfalz“.

Ribitzsch. Sonntag, den 13. April, Abends 8 Uhr.

Schleswig. Dienstag, den 8. April, bei Paulsen, Donziesgasse 14.

Schwerin. Dienstag, den 8. April, Abends 8 Uhr.

Stralsburg i. C. Sonntag, den 13. April, Vormittags 10 Uhr, in „Stadt Meß“, Krutenau.

Sommerfeld. Dienstag, den 8. April, im Gasthof „Zur Krone“.

Stralsund. Sonnabend, den 12. April, Abends 8 Uhr, im „Arbeiter-Kaffee“, Semlowstraße 10.

Schwetzingen. Sonntag, den 13. April, Vormittags 9 Uhr, „Zum Karlsberg“.

Tilfit. Sonntag, den 13. April, im Verbandslokal, Fabrikstraße 45.

Weichenfeld. Sonnabend, den 12. April, Abends 8 Uhr, in der „Zentralhalle“.

Wilhelmshaven. Freitag, den 11. April, Abends 8 Uhr, im Vereins- und Konzerthaus „Zur Arche“ in Vant.

Wolgast. Sonnabend, den 12. April, beim Gastwirth Schulz, Schloßplatz.

Wismar. Montag, den 7. April, in der „Sanja“.

Zahlstelle Rixdorf.
Dienstag, den 8. April, Abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Berathung zum Bauarbeiterschuß. 2. Abrechnung vom Maskenball. 3. Die Maitrage. 4. Verschiedenes. [80 4] Der Vorstand.

Zahlstelle Zehdenick.
Die öffentliche Bauhandwerkerversammlung findet nicht den 6., sondern den **13. April, Nachmittags 3 Uhr, statt.** [50 4] Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
Zahlstelle Nowawes. [90 4]
Den Mitgliedern zur Reminiscenz, daß am **Sonnabend, den 5. April, Abends 8½ Uhr**, im Lokale des Herrn Bernhart, Priesterstr. 31, eine **Krankenkassen-Versammlung** stattfindet. Tagesordnung: Delegirtenwahl. Der Vorstand.

Kameraden Charlottenburgs.
Hierdurch zur Mittheilung, daß ich mein Lokal und die Bezirkszahlstelle am 1. April von Kaiser Friedrichstraße 89 nach **Kaiser Friedrichstraße 91** verlegt habe.
Mit kameradschaftlichem Gruß
August Paepke, Bezirkskassirer.
[M. 2,10]

Dortmund.
Die Herberge der fremden Zimmerer befindet sich **Alfenstraße Nr. 1** bei **Brockschmied.** [M. 1,50] Der fremde Altgenosse **Jos. Leopold.**

Achtung! Ausnahmepreis!
Um die Anschaffung noch recht vielen Fachgenossen zu erleichtern, liefere ich bis auf Widerruf für den Preis von **nur Mt. 10 gegen Kasse** (sonst Mt. 15) den von vielen Käufern als sehr nützlich anerkannten

Praktischen Zimmermann
von Baumeister **J. Promnitz.**
Neueste Ausgabe 1901, 559 Seiten stark, 884 Abbildungen und mehrere bunte Tafeln.

Unkonst
zugegeben werden
zwei prächtige Hausmodelle.
Ausnahmeweise lege ich auch den Preis bei **Ratenzahlungen auf Mt. 12** herab; Bedingungen Mt. 6 Anzahlung, die zwei folgenden Monate je Mt. 3.

Zimmerleute,
die sich fortbilden wollen oder ein über das ganze Gewerbe zuverlässiges Hand- und Nachschlagebuch brauchen, finden in dem Buch **Vortreffliches.**
Arthur Gasch, Gewerbebuchhandlung,
Leipzig, jetzt Burgstr. 25.

Zimmerer Deutschlands! Isländer, prima, 2 B schwer, M. 6, Dresdener Zimmermannshose à Paar M. 4,50, 5 Paar M. 20, acht schwarze Sammethose M. 10, prima Leberhose, Sorte I M. 6,50, Sorte II (2½ B schwer) M. 4,80, braune Wäschehosen, Sorte I M. 8, Sorte II M. 6, Sorte III M. 4,50, echte schwarze Sammetweste (Berlintermutterknöpfe) à Stück M. 4,80, 5 Stück M. 21, versendet überallhin portofrei. Streng reell. Nicht Gefallendes nehme retour. Verlangen Sie Preisliste.
Emil Hohfeld, Dresden-N., Ritterstr. 2-4.
Verbandhaus für Zimmerleute und Maurer.

Verkehrslokale, Herbergen usw.
Altona. Verkehrslokal und Herberge d. Chr. Steners, Schmalzstr. 26. Dasselbst jeden Sonnabend von 8-10 Uhr Abends Jagelabend.
- G. Friedrichs, Gastwirtschaft und Klublokal, Gr. Bergstr. 170.
Altona-Ditteu. Zed. Hermann, „Zur Klausstraße“, Klausstr. 34.
Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Berlins und der Vororte: SO. Engelstr. 15, Zimmer 22, Fernsprecher Amt VII. Nr. 789. Alle Mittheilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zimmerer in Berlin und Umgegend sind hier zu melden.
- O. F. Buschke, Krauthr. 50. Zahlstelle des Verbandes, Bezirk I. Sonntags 10-12 Uhr Vorm und jeden ersten Sonntag im Monat Morgensprache. Zentral-Krankentasse, Bezirk 3, Sonnabends 8-9 Uhr Abends u. Sonntags 9-12 Uhr Vormitt.
- SO. A. Bachmann, Eisenbahnstr. 30a, Restaurant. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle des Verbandes, Bezirk 2, Sonntags Vorm. von 10-12 Uhr. Zahlstelle der Zentral-Krankentasse.
- SW. Verbandslokal und Arbeitsnachweis für Bezirk 3 bei Rothe, Kreuzbergstr. 12, zugleich Zahlstelle der Zentral-Krankentasse, Sonntags Vorm. von 8-12 Uhr. Telefon: Amt VI, Nr. 4281.
- W. A. Wagaß, Wallstr. 16, Restaurant. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle des Verbandes, Bezirk 4, Sonntags Vorm. von 10-12, Montags Abends von 8-10 Uhr. Zahlstelle der Zentral-Krankentasse. Montags Abends von 8-10 Uhr.
- N. Chr. Eigenfeld, Bergstr. 60, Restaurant. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle des Verbandes, Bezirk 5, Sonntags Vorm. von 10 bis 12 Uhr. Zahlstelle der Zentral-Krankentasse.
- N. F. Saumann, Hochstraße 32a, Restaurant. Verbandszahlstelle und Zahlstelle der Zentral-Krankentasse.
- N. C. Raack, Reichenburgerstr. 35, Restaurant. Arbeitsnachweis. Zahlstelle des Verb., Bez. 6, Sonntags, Vorm. 10-12 Uhr. Zahlstelle der Zentral-Krankentasse, Bez. 6, Sonnabends v. 8-10, Sonnt. v. 10-12 Uhr.
- O. Otto Wöber, Restaurant, Rigaerstr. 127. Zahlstelle des Zentralverbandes, Bezirk 10. Jeden Sonntag Vormittag von 10-12 Uhr Entgegennahme der Beiträge.
- S. G. Tolmann, Kotlauerstr. 4, Restaurant. Arbeitsnachweis. Zahlstelle des Verbandes, Bezirk 12.
- NW. A. Schaefer, Stromstr. 23. Verkehrslokal. Zahlstelle des Verbandes, Bezirk 5. Jeden Sonntag nach dem 1. und nach dem 15. im Monat von 10-12 Uhr Vorm.
- NW. Carl Gutheil, Birtenstr. 43. Verkehrslokal. Zahlstelle des Verbandes, Bezirk 6. Jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats Abends von 8-10 Uhr. Zahlstelle der Zentral-Krankentasse.
Börsen. Verkehrslokal und Herberge der Zimmerer bei Herrn Jüntler Schützenbahn 8.
Bremen. Herberge und Verkehrslokal des Verbandes, sowie Zahlstelle der Zentral-Krankentasse, Jagelabend am 1. Sonnabend eines jeden Monats bei Wendfeld, Kleine Gelle 40.
Breslau. Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankentasse: Gewerkschaftshaus, Margarethenstr. 17. Zentralherberge: „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
Cassel. Herberge bei Georg Wittrod, Schäfergasse 33.
Charlottenburg. Dienstag nach dem 15. jedes Monats Versammlung und Jagelabend der Zentral-Krankentasse. Arbeitsvermittlung, Verkehrslokal und Zentralherberge bei Leber Bismarckstr. 74.
- Verkehrslokal und Arbeitsvermittlung für Zimmerer bei A. Fischer, Pestalozzistr. 84, Ecke Krumpffstraße.
Cöpenick. Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankentasse bei W. Seidler, Müggelheimerstraße. Am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats Versammlung dasselbst. Am 15. des ersten Monats im Quartal, Nachmittags 2 Uhr, Krankentasse.
Dortmund. Verkehrs- und Versammlungslokal, Herberge und Arbeitsnachweis, sowie jeden Sonnabend Jagelabend bei Mühlhausen, 1. Kampfstr. 78. Jeden letzten Sonntag im Monat, Vorm. 11 Uhr, Zentral-Krankentasse.
Dresden. Verkehrslokal, Arbeitsnachweis, Auszahlung der Reiseunterstützung, zugleich Zentral-Bureau d. Zimmerer v. Dresden u. Umgegend in Hausmann's Restaurant, Dresdenstr. 3. Alle Mittheilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Dresden und Umgegend sind dort zu machen.
- Herberge Gewerkschaftshaus „Germania“, Albrechtstr. 41.
Halle a. d. S. Herberge, Verkehrslokal und Arbeitsnachweis bei Joseph Streicher, Galkhof „Zu den drei Königen“, Al. Ulrichstr. 36.
Hamburg. Zentralherberge bei Götter, „Befehls-Gasse“, Gänsemarktstr. 29/30.
Hamburg-Alstertal. Verkehrslokal bei Ch. Erdhorn, Mohlenhoffstr. 28/30. Am zweiten Dienstag jedes Monats, Abends 8½ Uhr, Zusammenkunft.
Hamburg-Neustadt. Verkehrslokal d. German. Kaiser Wilhelmstr. 42, Telefon Amt I Nr. 866. Am ersten Dienstag eines jeden Monats Zusammenkunft.
Hamburg-Neubau. Verkehrslokal bei Rudolf Ellerbrock, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Elbstraße. Am Montag nach dem 1. eines jeden Monats Zusammenkunft.
- O. Menner, Dehnstraße 129 (sonst Wandbeterstraße geheßen), 1. Etage. Vermietung von Zimmererwerkzeug.
Hamburg-Oldeslohe. Verkehrslokal für Zimmerer bei F. Witten, Wandbeter Chaussee 136. Am 2. Montag eines jeden Monats Zusammenkunft.
Hamburg-Oldeslohe. Wittwe Semcke, Verkehrslokal, Welle-Aufstiegsstr. 45. Jeden Sonnabend Jagelabend.
Hamburg-St. Georg. Hermann Wauß, Ecke Bremerrelhe u. Steinhorweg, Verkehrslokal der Zimmerer.
Hamburg-Spandau. Verkehrslokal für Zimmerer bei Heinrich Secht, Ecke Grevensweg und Wendenstraße.
Hamburg-Spandau. Verkehrslokal. Wilhelm Sammler, Gothenstr. 68. Verkehrslokal. Am zweiten Sonnabend eines jeden Monats Zusammenkunft.
Hamburg-Neubau. Verkehrslokal bei H. Koll, Köhrendamm 209.
Hamburg-Neubau. Verkehrslokal. G. Stemmer, Ecke Brücken- und Regienstraße, Gastwirthschaft und Frühstückslokal.
Hamburg-Neubau. Leop. Haebler, Mozartstr. 17, Verkehrslokal für Zimmerer. Jeden Monat einmal Zusammenkunft.
Hamburg-Winterhude. Wwe. Herzberg, Winterhuder Markt 16. Verkehrslokal für Zimmerer. Jed. leg. Sonntag im Monat Zusammenkunft.
Hannover. Zentralherberge, Verkehrs- u. Versammlungslokal Neuenstr. 27; dasselbst jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vorm., Einnahme der Beiträge für die Zentral-Krankentasse.
Hannover. Versammlungslokal der Zimmerer und Zentralherberge bei Hühnenhof, Erste Bergstr. 7.
Heilbronn. Verkehrslokal und Herberge im Gasthof „Zur Rose“. Versammlung findet jeden ersten Sonntag im Monat statt.
Leipzig. Verkehrslokal, Arbeitsnachweis und Zahlstelle II der Zentral-Krankentasse im Osenthal bei G. Hoyer, Dufourstr. 36. Fremdenherberge und Zahlstelle I der Zentral-Krankentasse im „Goldenen Ring“, Nicolaistr. 31. Zahlstelle II der Zentral-Krankentasse bei Joseph Frische, 2. Reudnitz, Senefelderstr. a. Verkehrslokal für Plagwitz-Binnenau bei Heiter, Ecke der Weißenseiler- und Werberburgerstraße.
Lübeck. Verkehrslokal u. Herberge d. Spahrmann, Hundstr. 101. Versammlung am Donnerstag nach dem 1. u. 15. jed. Monats im „Vereinshaus“, Johannisstr. 80. Arbeitsnachw.: D. Sandt, Fleischhauerstr. 90, 1. Et. Waggelstraße. Verkehrslokal und Herberge bei G. Müller, Tischlerstraße 23. Arbeitsnachweis Al. Klosterstr. 15 und 16. Hier wird die Reiseunterstützung gezahlt.
Mannheim. Verkehrslokal und Herberge im Gewerkschaftshaus H 1 Nr. 4, Galkhaus zum „Weißen Mann“.
München. Verkehrs- und Versammlungslokal der Zahlstellen des Verbandes und der Zentral-Krankentasse „Kunsthofballe“, Kunsthofstr. 37. Jeden Sonntag werden Beiträge entgegengenommen.
Münster a. d. W. Verkehrs- und Versammlungslokal der Zahlstelle des Verbandes bei Friedrich Gentel, Dinterstr. 14-16. Dasselbst jeden letzten Sonnabend im Monat Versammlung.
Paukow-Niederschönhausen. Verkehrslokal bei F. Cettetorn, Lindenstr. 1. Beiträge werden Sonntags nach dem 15. eines jeden Monats entgegengenommen. Gleichzeitig findet dann Versammlung statt.
Rixdorf. Am Dienstag nach dem ersten eines jeden Monats: Versammlung bei Mercier, Steinwegstr. 115, Verkehrslokal u. Zahlst. der Zentral-Krankentasse bei Adolf Müller, Steinwegstr. 108. Jeden Sonntag von 10-12 Uhr.
Schwerin i. M. Verkehrs- und Versammlungslokal der Verbandszahlstelle und der Zentral-Krankentasse, Großer Moor 81, bei Herrn Kemke.
Stettin. Bogirhaus, Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes, sowie Zahlst. der Zentral-Krankentasse bei Robert Stellmacher, Bismarckstr. 10.
Stuttgart. Verkehrs- und Versammlungslokal im Gewerkschaftshaus „Zum Goldenen Bären“, Göttingerstr. 17/19.
Wernigerode. Verkehrslokal und Herberge bei Fr. Stridde, „Zur Krone“, Jiltenburgerstraße.
Wilhelmshaven. Verkehrslokal und Herberge beim Gastwirth Ad. Niedmann, Reiberstieg, Vogelküttenbeich 281.
Wilhelmshaven. Verkehrslokal und Herberge im Vereins- und Konzerthaus „Zur Arche“ in Vant. Arbeitsnachw. bei Fr. Bartels, Grenzstr. 57.

Anzeigen.

(Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beigedruckt. Das Geld ist ohne weitere Aufforderung so bald wie möglich, unter der Adresse August Bringmann, Hamburg-Warmbeck, Fehlfeldstr. 28, L. einzulösen. Die Post befördert Geldbeträge bis zu M. 5 für 10 4 per Postanweisung. Wir bitten daher, keine Briefmarken mehr, sondern baar Geld zu senden.)

Nachruf. [M. 5,20]
Am Mittwoch, den 19. März, verstarb nach langer Krankheit unser Mitglied
Karl Pils
und am Sonnabend, den 22. März, infolge eines Unfalles an einem Neubau, unser Mitglied
Simon Elze.
Ehre ihrem Andenken!
Die Zahlstelle Oberstedt.

Nachruf.
Am 10. März verstarb infolge eines Schlaganfalles unser treues und ehrenwerthes Mitglied
Karl Schein
im Alter von 54 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
[M. 8,80] Zahlstelle Berlin, Bezirk III.

Zahlstelle Herne.
Sonntag, den 6. April, Nachmittags 4 Uhr:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
bei Wwe. A. Bomm. [90 4]
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Der Vorstand.

Zahlstelle Magdeburg.
Dienstag, den 8. April, Abends 8 Uhr, bei Müller, [M. 1] Tischlerkrugstraße 22:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Abrechnung des Kassiers. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen eruchtet Der Vorstand.

Potsdam.
Sonntag, den 6. April 1902, Nachmittags 2½ Uhr:
Außerordentliche Versammlung
aller Zimmerer Potsdams und Umgegend, einschließlich Nowawes und Wannsee.
Tagesordnung: Unser Lohnarif und die Antwort der Arbeitgeber und Stellungnahme dazu.
Jeder Zimmerer ist verpflichtet, zu erscheinen. [M. 1,10] Der Einberufer.

J. Blume & Co., Hamburg.

Täglicher Versand unserer bekannten, echt englisch-lebernen und Manchester Arbeits-Artikel u. Isländer Jacken.

Muster und Preisbureau gratis.

J. Blume & Co., Hamburg.

